

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1 Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstraße 6.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Veranlassungen 15 Pf. pro Zeile. Belegen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mittelungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperrn und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**. Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senfelder-Bund in Liquidation** betreffenden Fragen an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten: **Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.** Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Verrsammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstr. 6.**

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition**.

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präskommission**, z. H. **Artur Haring, L.-Anger, Rospachstr. 3 III Der Hauptvorstand.**

Zur gefl. Beachtung!

Die an die Adresse der Formstecher und Photographen für diese beiden Organisationen bisher gesondert expedierten „Graph. Pressen“ werden für die Folge den übrigen Paketen resp. Kreuzbandsendungen für die einzelnen Orte beige packt. **Die Expedition.**

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden

Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei **S. Heilmann**.

Firma **Angerer** (für Kupferdrucker).

Eltville. Firma **Fischer & Co.**

Köln a. Rh. Witte & Co.

Für Chemigraphen:

Berlin. **Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Orützmacher Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thebran & Kraushaar.**

Chemnitz. A. Jälich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.

Dresden. Die Firma **Stengel & Co.**

lehnte die Anerkennung des Tarifs ab und ist daher gesperrt.

Dresden u. Leipzig. Meißner & Markert.
Frankfurt a. M. Heß & Janke.
Stuttgart. Geor. Rößle.
Wernigerode i. H.

Im Ausland:

Dänemark. Firma **Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Bülöwey.**

Holland.

Oesterreich. **Triest.**

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 9, Abs. 2c die Lithographen: **Erich Bierbümpfel, No 24613; Walter Fratscher, No 23089; Rudolf Huschmann, No 23452; Erwin Köhne, No 24702; Paul Oswaldt, No 24010; Oskar Pfister, No 12150; Max Spiegel, No 24703; Max Winkler, No 24552** und **Reinhold Zschernig, No 23094.**

Der Hauptvorstand.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die drohende Besteuerung der Plakate. Rundschau. Der Arbeitskammern Entwurf im Reichstage. Genossenschaftliche Rundschau. Lichtarbeit und Fabrikluft. Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland. Briefkasten. — **Allgemeines:** Eine Plakat- und Buchzeichenausstellung. Ortsberichte: Dresden, Niedersiedlitz. — **Der Lithograph:** Brief aus Zittau. — **Der Steindrucker:** Aus den Sektionen: Leipzig. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Chemigraphen). — **Photogr. Mitarbeiter:** Internat. Photographische Ausstellung Dresden 1909. Aus den Sektionen: Berlin. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Crefeld, Leipzig. — **Feuilleton:** Die Bildungsmöglichkeiten im Gegenwartsstaat, V. Eingänge. — **Anzeigen.**

Die drohende Besteuerung der Plakate.

Wir haben schon wiederholt auf die schweren Gefahren hingewiesen, die unserem Gewerbe durch die neuen Steuervorlagen der Regierung, besonders durch die Mehrbelastung des Tabaks und durch die Plakatsteuer drohen. Die Gefahr der Besteuerung der Plakate hat sich inzwischen verstärkt. Die erste Lesung des Anzeigensteuergesetzes, das ja die Plakatsteuer in sich bürgt, läßt allerdings definitive Schlüsse auf das Schicksal der Vorlage im Reichstage noch nicht zu. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß sich die Redner, die zu dieser Frage sprachen, fast ausnahmslos zwar gegen die Inseratensteuer, aber für eine Besteuerung der Plakate erklärten. Dadurch würde der ganzen Plakatindustrie das Grab gegraben sein. Denn während bei einer Besteuerung von Plakaten und Inseraten immer noch beide Reklamezweige Verwendung finden würden, allerdings in viel geringerem Umfange als ohne jede Steuer, so würde bei der Ausführung des Gedankens, nur die Plakate aber nicht die Inserate zu besteuern, zu Reklamezwecken fast ausschließlich das steuerfreie Inserat verwendet werden, während zweifellos das besteuerte Plakat fast gänzlich ausgeschaltet würde. Die Besteuerung aller Anzeigen einschließlich der Plakate bedeutete für das ganze Druckgewerbe eine schwere Schädigung, für die Plakatindustrie eine starke Einschränkung

der Produktion und damit eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit; die ausschließliche Besteuerung der Plakate würde aber für die Plakatindustrie direkt vernichtend sein und alle mit der Herstellung von Plakaten beschäftigten Arbeiter mit einem Schlage brotlos machen.

Gegen diese Vernichtungspolitik gegenüber unserer Existenz müssen wir uns mit allen Mitteln wenden. Wir müssen in gewaltigen Versammlungen den Herrschenden in die Ohren schreien, welche Freveltat sie an uns zu tun im Begriff sind. Wir müssen den Reichstagsabgeordneten das Gewissen schärfen, damit sie sich nicht zum Mitschuldigen einer Politik machen, die die Plakatkunst vernichtet und gut ein Drittel unserer Kollegen mit einem Schlage an den Bettelstab bringt!

Man sollte meinen, diese Aufklärungsarbeit könnte nicht schwer sein, denn ein widerständigeres und unvernünftigeres Steuer-Ei ist selten gelegt worden wie das, aus welchen die Anzeigensteuer ausgebrütet werden soll. Wir haben früher schon auf einige Sätze der Begründung hingewiesen. Vergegenwärtigen wir uns aber wiederholt, wie sich die Regierung die Ausführung des Entwurfes denkt. Sie sagt darüber:

„Durch das Anzeigensteuergesetz sollen Anzeigen, die in inländischen Zeitungen und Zeitschriften oder in sonstigen inländischen, durch Druck oder andere Mittel vervielfältigenden Blättern oder Schriften (Anzeigeblättern) enthalten sind (Einrückungen) oder mit diesen verbreitet werden (Sonderbeilagen), sowie Anzeigen, die im Land öffentlich angebracht, ausgestellt oder vorgenommen werden (Ankündigungen), mit eine Abgabe belegt werden.“

Gegen den ersten Teil dieses Anzeigensteuerprojekts, die Steuer auf **Einrückungen** oder **Inserate**, wendet sich hauptsächlich und mit Recht das gesamte Buchdruckgewerbe. Das Steindruckgewerbe würde aber am schwersten durch die als Steuer auf **Ankündigungen** bezeichnete Besteuerung der Plakate betroffen werden, über die in der Begründung des Regierungsentwurfes noch folgendes zu lesen ist:

„Als **steuerpflichtige Ankündigungen** gelten alle Ankündigungen in Schrift und Bild, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in öffentlichen

Räumen ausgestellt, insbesondere auch durch Lichtwirkungen hervorgebracht, in geschlossenen Privaträumen, die dem allgemeinen Zutritt offen stehen, durch Ausstellen sichtbar gemacht oder auf Privatgrundstücken und in Privaträumen so angebracht werden, daß sie von öffentlichen Straßen, Plätzen oder Räumen aus wahrgenommen werden. Ankündigungen, für deren Anbringung ein Entgelt entrichtet wird, unterliegen einer Steuer von 10 Proz. des Entgelts. Ankündigungen, für deren Anbringung ein Entgelt nicht entrichtet wird, unterliegen einer Steuer für jedes Stück nach dem bei der Ankündigung eingenommenen Flächenraume. Die Steuer beträgt bei gedruckten Ankündigungen für je 1000 Quadratzentimeter oder einen Bruchteil davon in Orten bis zu 50000 Einwohnern 1 Pf., 100000 Einwohnern 2 Pf., über 100000 Einwohnern 3 Pf. Bei anderen Ankündigungen beträgt die Steuer für je 1000 Quadratzentimeter der Fläche oder für einen Bruchteil davon das Zwanzigfache der vorstehenden Sätze.“

Daraus geht hervor, daß jedes Plakat, das an die Littaßsäulen geklebt, im Barbierladen oder im Schaufenster eines Krämers ausgehängt wird, versteuert werden muß, und zwar in einer Höhe, die in gar keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten steht. Sehen wir uns daraufhin die Vorlage etwas genauer an.

Sie macht Unterscheidungen zwischen Plakaten, für deren Anbringung ein Entgelt entrichtet wird, und solchen, deren Anbringung frei ist. Im ersten Falle soll die Steuer 10 Proz. des Entgelts betragen. Beträgt also die jährliche Miete für das Anbringen eines Plakats an irgend welchen Wandflächen 10 Mk., dann kostet die Steuer jährlich 1 Mk., zu deren Einziehung und Abrechnung derjenige verpflichtet ist, der die Erlaubnis zum Aufhängen des Plakats erteilt. Er wird natürlich den mannigfaltigsten Kontrollen und Schikanen durch die Polizei ausgesetzt sein und es in vielen Fällen vorziehen, die Wände seines Geschäfts- oder Wirtschaftlokals überhaupt nicht mehr mit Plakaten behängen zu lassen, auch wenn man ihm noch Ankündigungen zum Aushang übergeben sollte, was angesichts der Höhe der Steuer aber gänzlich ausgeschlossen erscheint.

Die Steuerhöhe für Ankündigungen, für deren Anbringung ein Entgelt nicht entrichtet wird, soll sich nach der Größe des Ortes

richten, in welchem sie ausgehängt werden. Was für »schlaue« Gedanken die Herren vom grünen Tisch doch manchmal haben! In Großstädten wirkt die Reklame mehr, folglich muß sie auch höher besteuert sein. Wird also z. B. ein Plakat in der Größe von $50 \times 100 \text{ cm} = 5000 \text{ qcm}$ in Auftrag gegeben, dann muß der Besteller zu ermitteln suchen, wieviel Exemplare in kleineren, mittleren oder Großstädten ausgehängt werden sollen, um darnach den Steuerbetrag, den er zu zahlen hat, zu berechnen. In Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern würde er dann für jedes ausgehängte Exemplar $5 \times 3 = 15 \text{ Pf.}$, in Städten von 50 bis 100 000 Einwohnern $5 \times 2 = 10 \text{ Pf.}$ und in kleineren Orten $5 \times 1 = 5 \text{ Pf.}$ Steuer zu entrichten haben. Hängt er also in Großstädten 1000 Plakate aus, dann muß er allein 150 Mk. Steuer zahlen, d. h. also in vielen Fällen ebensoviel, wie der Herstellungspreis beträgt. Handelt es sich um ein in Massenaufgabe hergestelltes einfaches Typensatzplakat, dann wird meist der Herstellungspreis nur einen kleinen Bruchteil des Betrages ausmachen, der als Steuer zu entrichten ist. Eine Tatsache, die die Intelligenz und »Schläue« unserer Steuerfinder im glänzendsten Lichte erstrahlen läßt.

Wie »geistreich« das Steuerplänchen ist, ergibt dann ein Vergleich der Sätze, die für Plakate, deren Aushang bezahlt werden muß, und für Plakate, die umsonst ausgehängt werden können, zu entrichten sind. Wir berechneten vorhin die Steuer für ein Plakat in der Größe von 5000 qcm, dessen Aushang kostenlos erfolgt, in Großstädten auf 15 Pf., ganz gleich wie lange es ausgehängt wird. Dabei betonten wir, daß schon dieser Satz meist in gar keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten steht. Aber der Steuerbetrag für dasselbe gegen Entgelt ausgehängte Plakat würde diesen Satz noch um mehr als das Sechsfache übersteigen! Irgend eine Erklärung für die Gründe, die zu dieser unbegreiflichen Verschiedenartigkeit der Steuersätze für gleiche Aushänge führten, wird nicht gegeben. Man veröffentlicht das Plänchen und blamiert sich dabei so viel man kann.

Alle diese Umstände müssen unbedingt dazu führen, daß sich in den meisten Fällen der Geschäftsmann die erwähnten Berechnungen ganz ersparen und auf eine durch den Steuersatz um das Doppelte oder Vielfache verteuerte Reklame verzichten wird. Die Steuervorlage wirft schon jetzt ihre Schatten voraus. Von überall her wird berichtet, daß Plakatbestellungen rückgängig gemacht wurden oder daß sie zurückgehalten werden, bis das Schicksal der Steuervorlage entschieden ist. Die Reisenden der graphischen Kunstanstalten und Plakatfabriken kommen mit leeren Händen zurück. Gerade diese Tatsachen sollten der Regierung und dem Reichstage zu denken geben. Beweisen sie doch, daß der Gewinn aus der Plakatsteuer gleich Null sein wird. Man hätte also, wenn die Steuer Gesetz wird, die ganze Plakatindustrie und die ausgedehnte und blühende Plakatindustrie vollständig vernichtet ohne jeden Vorteil für die Finanzen des Reichs.

Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen des Reichs und der Einzelstaaten würden sich durch die Stilllegung zahlreicher Kunstanstalten, die die Vernichtung der Plakatindustrie zur Folge haben müßte, und durch die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit von Zehntausenden graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen verringern! Aber so weit denkt ja unsere Regierung nicht. Hoffen wir, daß der Reichstag einsichtsvoller sein möchte!

An Aufklärung über die naturnotwendigen schweren Folgen der Plakatsteuer fehlt es wahrlich nicht. Zahlreiche Handelskammern haben sich mit ausführlichen Begründungen gegen diese Steuervorlage gewandt. Der Papierindustrieverein hat in Gemeinschaft mit der Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels dem Reichstage eine ausführliche Denkschrift gegen die Anzeigensteuer überhaupt, einschließlich der Plakatsteuer, zugehen lassen. Ebenso hat sich der Verband deutscher Seindruckereibesitzer in einer eingehenden Denkschrift an den Reichs-

tag besonders gegen die Plakatsteuer gewandt. Endlich wurde in vielen Orten durch die graphische Arbeiterschaft in einstimmig angenommenen Resolutionen, die in knappster Form die Folgen der Plakatbesteuerung hervorheben, gegen die Vorlage protestiert.

Diese Protestbewegung muß aber noch höhere Wellenschlagen. Allorts müssen Massenkundgebungen über Massenkundgebungen veranstaltet und machtvoll der Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden. Es gilt das Weiterbestehen des Plakatgewerbes, des blühendsten Zweiges unserer Industrie! Es gilt unsere Existenz, das Wohl und Wehe Tausender und Abertausender von Arbeiterfamilien. Wenn alle interessierten Faktoren ihre Pflicht tun, wenn die Protestbewegung immer mächtiger und gewaltiger anschwillt, dann muß an den maßgebenden Stellen unser Notschrei gehört werden. Der Abgeordnete, der trotzdem der Regierung in ihrem industrievernichtenden Treiben Helfershelferdienste leistet, ist kein Volksvertreter, sondern ein Volksverräter!

Rundschau.

Die Resolution des Tabakarbeiter-Kongresses, die einstimmige Annahme fand, lautete wie folgt:

»Der vom 18. bis 20. Januar in Berlin im Gewerkschaftshause tagende Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands und der in den Hilfsindustrien der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter, auf welchem durch 345 Delegierte aus 758 Orten 168 245 Arbeiter vertreten sind, erblickt in der von der Regierung vorgeschlagenen Tabakverbrauchssteuer eine schwere Schädigung der gesamten Industrie.

Nach den Erfahrungen in anderen Ländern hat dort die Banderolensteuer die Entwicklung der Industrie gehemmt; in Rußland sind von einer Zigarrenindustrie überhaupt kaum bemerkenswerte Anfänge vorhanden; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Industrie in ihrer Entwicklung gegenüber Deutschland um zirka 30 Proz. zurückgeblieben. Bei der von der Regierung vorgeschlagenen prozentual weit höheren Belastung der Industrie als in Amerika müßte die Wirkung, namentlich in der jetzigen Periode der Krisis, für die Arbeiter eine furchtbare sein.

Der Tabakarbeiter Kongreß spricht sich auch mit derselben Entschiedenheit gegen eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Rohtabak und der Inlandsteuer aus. Die Wirkungen einer Zoll- und Steuererhöhung in irgend einer Form würde für die Arbeiter der Industrie genau so schlimm sein, wie bei Einführung der Banderolensteuer.

Da der Tabak kein Nahrungsmittel, sondern ein Genußmittel ist, würde sich eine Mehrbelastung der Industrie durch eine Zoll- und Steuererhöhung weit mehr noch, als dies bei Nahrungsmitteln der Fall ist, in einem Rückgang des Konsums geltend machen.

Genau, wie nach der Zollerhöhung von 1879 würden wiederum Zehntausende von Arbeitern brotlos gemacht werden; die in Arbeit verbleibenden Arbeiter müßten bei verminderter Arbeitszeit arbeiten und könnten sich eines Lohnrückganges, der durch das enorme Angebot von Arbeitslosen begünstigt würde, nicht erwehren. Die Zollerhöhung von 1879 hat dazu geführt, daß die Arbeiter nicht imstande waren, sich, wie die übrigen Arbeiter Deutschlands, einen auskömmlichen Lohn für ihre gesundheitsschädliche Arbeit zu erringen.

Nach den Feststellungen sämtlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der Verdienst eines Vollarbeiters im Jahre 1906 Mk. 1027 59. Dagegen erreichte in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Tabak- und Zigarrenindustrie nur die Höhe von Mk. 574,75, d. h. die Tabakarbeiter sind um 44 Proz. ungünstiger gestellt, als die übrigen Arbeiter Deutschlands. Von dem Segen der letzten Hochkonjunktur haben die Tabakarbeiter wenig zu kosten bekommen — für das Jahr 1900 betrug nämlich der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters im allgemeinen Mk. 896,59, der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters Mk. 541,08.

Während sich in der Periode der Hochkonjunktur der Industrie der Durchschnittsverdienst im allgemeinen um Mk. 131 pro Arbeiter steigerte, stieg er bei den Tabakarbeitern nur um Mk. 33,67.

Bei den so außerordentlich trüben Erwerbsverhältnissen der Tabakarbeiter, vor allem aber angesichts der in der Tabakindustrie so zahlreich beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen, die in keiner anderen Industrie Arbeit finden könnten, würde es geradezu eine grausame Härte sein, wenn der Reichstag durch Zustimmung zur Banderolensteuer oder irgend einer anderen Zoll- und Steuererhöhung andauernd große Arbeitslosigkeit für diese armen Arbeiter bewirken und damit zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Erwerbsverhältnisse beitragen würde.

Der Tabakarbeiter-Kongreß erwartet aus den hier angeführten Gründen, daß der Deutsche Reichstag nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeglichen Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern ablehnen wird.

Schließlich richtet der Tabakarbeiter-Kongreß an die deutsche Reichsregierung, an den Bundesstaat und an den Reichstag das dringende Ersuchen, im Interesse der in der Industrie tätigen zirka 200 000 Arbeiter die Tabakindustrie vor den fortgesetzten Beunruhigungen durch immer neue Steuerprojekte zu bewahren.

Der Tabakarbeiter-Kongreß protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, die, wie oben nachgewiesen, zu den mit am schlechtest entlohnten Arbeitern gehören, noch neben den direkten und indirekten Steuern, durch welche sie verhältnismäßig in gleicher Weise zur Erhaltung des Reiches beitragen, wie alle übrigen Reichsangehörigen, auch noch darüber hinaus das Opfer der Existenz bringen sollen.

Zum Wahlrechtskampf in Sachsen. Am 17. Januar kam es bei den öffentlichen Volksdemonstrationen gegen den Hohenhalschen Wahlrechtsentwurf, der die Einführung eines Pluralwahlrechts mit Kontingentierung des sozialdemokratischen Einflusses bezweckt, zu schweren Polizeiatacken. Die von den Versammlungen heimkehrenden Arbeitermassen gerieten auf Polizeiabsperrungen und ehe sie sich rückwärts bewegen konnten, wurde von den Polizeimannschaften mit der Waffe auf die Menge eingehauen. 13 Personen, sogar ein Kind, wurden verwundet, 5 davon sind schwer verletzt. Außerdem sind noch zahlreiche leichte Verletzungen vorgekommen. Es ist wirklich schmachvoll, wie in Deutschland Arbeiter behandelt werden. Man beraubt sie ihrer staatsbürgerlichen Rechte, und wenn sie sich nicht fügen, sondern ihre Forderung nach Gleichberechtigung den Herrschenden in die Ohren schreien, dann antwortet man mit Säbelhieben oder mit blauen Bohnen. Wenn angesichts dieser Heldentaten, durch die ein bis ins Mark morsches System aufrecht zu erhalten versucht wird, nicht die Rote des Zornes ins Antlitz steigt, wer sich nicht gelobt, dieses System nun erst recht zu bekämpfen bis zum äußersten, der macht sich zum Mitschuldigen an den himmelschreienden Ungerechtigkeiten. Er ist entweder ein schwächlicher Feigling oder ein Verräter an den Interessen des Volkes.

Für das freie Wahlrecht in Preußen demonstrierte die Arbeiterschaft am 24. Januar in nachdrücklicher, erster Weise. In gewaltigen Massenversammlungen verlangte sie ihr Recht. Geschlossene Züge bewegten sich in Berlin nach Schluß der Versammlungen aus allen Teilen der Stadt nach dem Zentrum; die Arbeitertrutzlieder erschollen vieltausendstimmig und Hochrufe auf das freie Wahlrecht mischten sich mit dem Rufe: »Nieder mit Bülow!« Trotz des starken Schutzmansaufgebots waren Tausende bis in die unmittelbare Nähe des Schlosses gelangt und schmetterten machtvoll ihren Schrei nach Recht zu dessen Fenstern empor. Bei der Ablösung der Schloßwache spielte die Musik das »Heil dir im Siegerkranz«. Sie wurde aber gewaltig übertönt durch die Klänge der Marseillaise, die aus unzähligen Arbeiterkehlen klang. Die Kundgebung des Volkes, sich die Rechte, die man ihm vorenthält, machtvoll zu erringen, sollte den Herrschenden eine Lehre sein. Sie sollten nicht vergessen, daß der allzu straff gespannte Bogen zerspringt.

Im österreichischen Metallarbeiter-Verbande hat sich eine bedauerliche Spaltung vollzogen. Die tschechischen Metallarbeiter, die dem allgemeinen Metallarbeiterverbande angeschlossen waren, jedoch autonome Verwaltung hatten, haben den mehrmaligen Beschluß des allgemeinen Verbandstages, den Widerstandsfonds zu zentralisieren, mit der Erklärung beantwortet, daß sie zur Ordnung eines Verbandes tschechischer Metallarbeiter schreiben werden. Die Unternehmung werden an dieser nationalen Eigenbrödelerei, die auf kleinlichsten Chauvinismus zurückzuführen ist, ihre helle Freude haben. Bekanntlich sind auch unsere tschechischen Kollegen zum Schaden der Gehilfeninteressen in Böhmen gesondert organisiert, im Gegensatz zu den Unernehmern, die über derartige nationale Schranken erhaben sind. Ein in drei Sprachen versandtes Entschuldigungszirkular der böhmischen Sonderorganisation für ihre Sonderbündelerei täuscht über die Tatsache nicht hinweg, daß sie aus kleinlichen nationalen Motiven die Kraft der Arbeiterbewegung zersplittert und damit bewußt oder unbewußt dem Unernehmertum Helfershelferdienste gegen die Arbeiterschaft leistet.

Der Deutsche Xylographenverband hat mit dem österreichischen Bruderverbande einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, der die kostenlose Uebernahme der reisenden Mitglieder regelt. Die Uebernahme erfolgt, sofern das reisende Mitglied seine Verpflichtungen in der bisherigen Organisation nachgekommen ist; es wird dann unter Anerkennung der erworbenen Rechte kostenlos übernommen.

Die Graphischen Werkstätten, welche der Herausgeber der »Monatshette für graphisches Kunstgewerbe«, Herr Albert Knab, in Berlin W. 50, Geisbergstr. 2, vor kurzem eröffnet hat, sollen Lehrlinge der graphischen Berufe vor allem zu prak-

tiischer künstlerischer Arbeit vorbereiten. Als Lehrer in diesen Werkstätten sind tätig: Albert Knab für Entwerfen und Schriftzeichnen, Carl Matthies für Buchdruck, Richard Misch für Lithographie, Otto Sager für Radierung.

Zum Besuch der Internationalen Photographischen Ausstellung 1909 können bei den Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen Stipendien beantragt werden. Auf eine Anfrage des Süddeutschen Photographenvereins haben sie sich bereit erklärt, Reisezuschüsse für Dresden an berufliche Besucher zu gewähren. Diesbezügliche Eingaben sind zu richten: in Bayern an das Kgl. bay. Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußeren zu München; in Württemberg an die Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel zu Stuttgart; in Baden an das Großherz. badische Ministerium des Innern zu Karlsruhe; in Elsaß-Lothringen an das Ministerium für Elsaß-Lothringen, Abteilung des Innern, zu Straßburg.

Ein Internationaler Photographen-Tag findet anlässlich der Ausstellung vom 7. bis 10. Juli d. J. in Dresden statt. Neben dem Besuch der in großartigem Umfang geplanten Ausstellung werden interessante Vorträge und Verhandlungen über die neuesten Erfindungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Photographie geboten. Es sind eine Reihe festlicher Veranstaltungen, sowie der Besuch industrieller Etablissements und Ausflüge in die Umgebung von Dresden geplant.

Ein Internationaler Kongreß für angewandte Photographie in den Wissenschaften und der Technik wird ebenfalls im Juli 1909 in Dresden tagen. Von namhaften Vertretern der verschiedenen wissenschaftlichen und technischen Kreise zusammenfassende Vorträge über die vielfachen Anwendungsmöglichkeiten der Photographie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gehalten werden. Des weiteren sind Diskussionen unter den Vertretern der einzelnen Fachwissenschaften vorgesehen. Ferner sollen Erörterungen über die Grundlagen der Farbenlehre, binokulares Sehen und Stereoskopie, photographische Optik, Mikrophotographie usw. gepflogen werden. Dabei sollen auch einige Fragen von allgemeinem praktischem Interesse verhandelt werden, wie die Eintheilung der Lichtbildformate und der Bindensysteme, die Bezeichnung der Plattenempfindlichkeit usw. usw. Auch die Gründung einer Auskunftsstelle für Photographie ist ins Auge gefaßt.

Eine Station für Brieftaubenphotographie (System Dr. Neubronner-Cronberg i. T.) wird anlässlich der Dresdener Ausstellung gezeigt werden. Dressierte Brieftauben, an deren Brust ein 75 Gramm schwerer photographischer Apparat angebracht wird, werden in der Umgebung von Dresden aufgeflogen und können auf die Minute im Ausstellungspark erwartet werden. Die erforderlichen, sehr sinnreich konstruierten Apparate werden an den Tieren so befestigt, daß diese beim Fliegen in keiner Weise belästigt werden. Die Aufnahmen erfolgen derart, daß ein im Apparat befindliches Uhrwerk in kurzen Zeitschnitten die Objektverschlüsse öffnet und schließt, so daß die Taube bei ihrer Ankunft im Ausstellungspark eine Reihe von Aufnahmen der zurückgelegten Flugbahn mitbringt. Dabei werden auch Aufnahmen hergestellt, die den Ausstellungspark mit seinen Besuchern zeigen. Die Photographie sollen nach Empfang sofort entwickelt und als Postkarten zum Verkauf gebracht werden.

Arbeitersekretäre als Vertreter vor den Gewerbegerichten. Das Landgericht in Kiel erklärte einen Beschluß des Gewerbegerichtes in Neumünster, wonach der dortige Arbeitersekretär nicht als Vertreter zugelassen werden sollte, als unzulässig und hob den Beschluß auf.

Ueber die Haftung der Gewerkschaften bei Schadenersatzklagen der Unternehmer hatte kürzlich das Landgericht Hamburg zu entscheiden. Einen Tarifbruch eines dortigen Führerwerksbesitzers beantwortete die Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes durch die Sperrung des in Frage stehenden Betriebs. Die daraus resultierende Entschädigungsklage des betroffenen Unternehmers wurde nun von dem zuständigen Gericht abgewiesen. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß der Verband kein rechtsfähiger Verein sei, deshalb könne von einer Haftpflicht des Verbandes keine Rede sein. Die Sperre sei über dies nicht vom Verbandsvorstande, sondern nur von der örtlichen Verwaltung ausgesprochen worden, und ob die letztere dafür haftbar gemacht werden könne, bilde eine andere Frage, die aber in diesem Falle nicht zur Beurteilung vorliege.

Der Arbeitskammern-Entwurf im Reichstage.

Am 15. und 16. Januar gelangte der Arbeitskammern-Entwurf der Reichsregierung zur ersten Beratung im Reichstage. Herr v. Bethmann-Hollweg, der die Grundsätze des Entwurfs vertrat, ging zunächst auf die Streitfrage: paritätische oder imparitätische Kammern, Arbeits- oder Arbeitskammern, näher ein. Ein Bedürfnis nach reinen Arbeitskammern will er ebensowenig anerkennen, wie den Vergleich mit den bestehenden reinen Unternehmerkammern. Die Arbeiterschaft habe bereits ihre großen Berufsorganisationen, neben denen man

nicht so einfach neue Berufsvertretungen schaffen könne. Man käme dann dahin, die gewerkschaftlichen Organisationen zur Grundlage der Arbeiterkammern zu machen. Es müsse ihm fraglich bleiben, ob der Staat solche Gebilde so leicht hin schaffe. »Was an der Organisation von Arbeitern geschehen kann, das geschieht und ist geschehen von den Gewerkschaften in allen ihren Schattierungen, und alles, was von einer reinen Arbeitervertretung in ihren Wirkungskreis vom Besten der Arbeiter gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt. Kein Gesetzgeber hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängertum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können. Wie denkt man sich da staatliche Arbeitskammern? Sollten sie neben die Gewerkschaften treten? Dann wären sie von vornherein lebensunfähig. Denn neben der ausgebreiteten, geradezu erschöpfenden Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen bliebe ihnen nichts zu tun übrig. — Oder sollen die Arbeitskammern an die Stelle der Gewerkschaften treten, staatlich organisierte und sanktionierte Gewerkschaften darstellen? Auch das ist ein unmöglicher Gedanke. Die Gewerkschaften würden sich mit seiner Ausführung doch nur dann einverstanden erklären können, wenn diese Kammern in ihrer Organisation, in der Anwendung der Mittel, deren sie zur Erreichung ihrer Zwecke zu bedürfnis glauben, derselbe oder vielleicht ein noch freierer Spielraum gelassen würde, wie gegenwärtig den Gewerkschaften. Dazu aber könnte sich kein Gesetzgeber verstehen. Die Arbeiterorganisationen — die Gewerkschaften — bedienen sich — ebenso wie auch Arbeiterorganisationen — im wirtschaftlichen Kampfe der schärfsten Mittel: des Boykotts, der Sperrungen, vernichtender Streiks, der Streikkassen, des Koalitionszwangs usw. . . . Kein Staat kann Streik- oder Boykottkammern gründen, so wenig wie Schwarzlistenkammern. Mag der wirtschaftliche Kampf mit solchen Mitteln einmal zur historischen Notwendigkeit geworden sein, so kann doch der Staat diesem Kampfe gegenüber immer nur die Stellung einnehmen, daß er seine Ursachen zu beseitigen, seine Formen zu mildern und auf seine möglichst schnellste Beseitigung hinzuwirken hat.«

Der Staatssekretär begründete dann das paritätische Prinzip mit der Notwendigkeit für diese Kammern, einen friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeiter anzustreben. Den Industriellen hält er vor, daß ihr Klassenstandpunkt Gegensätze schaffe, durch welche Haß und Erbitterung aufgehäuft und eine unendliche Kraft nutzlos vergeudet werde. Man solle Arbeitgeber und Arbeiter endlich einmal zusammenführen; dann würde sich bei gutem gegenseitigen Willen manches bessern lassen. Deshalb würden berufliche Kammern vorgezogen, die für größere Bezirke nach Bedarf geschaffen werden sollen.

Der **Zentrumsredner Trimborn** erklärte sich namens seiner Freunde für paritätische Kammern. »Es hat sich lange genug Forderung gegen Forderung, Behauptung gegen Behauptung, Koalition gegen Koalition gegenübergestanden. Man darf geradezu behaupten, daß durch die fortschreitende Organisation sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer diese beiden Klassen mehr und mehr voneinander abgerückt sind, und es ist ein dringendes Bedürfnis, eine Kraft zu schaffen, die die auseinanderstrebenden Elemente zur Aussprache und zur Verständigung zusammenführt. Wir sind der Meinung, daß das Votum, das Gutachten, die Meinungsäußerung, die Entschließung der Arbeitskammer ein ganz anderes Gewicht haben wird, als das Votum, die Entschließung und die Meinungsäußerung einer einseitigen Interessenvertretung.« Der Redner sprach sich in seinen weiteren Ausführungen dafür aus, daß der Bundesrat über die Errichtung einer Arbeitskammer entscheide und daß die Wahl von Gewerkschaftssekretären ermöglicht werde. Ueber den beruflichen oder territorialen Aufbau der Kammern behält er sich seine Stellungnahme vor.

Der **konservative Redner v. Winterfeld** erklärte sich zwar zustimmend, aber nur mit schweren Bedenken für diesen Entwurf. Besonders habe seine Partei Bedenken gegen das passive Wahlrecht der Frauen. Arbeitersekretäre will er nicht in die Kammern hineingewählt sehen, sondern nur solche Leute, die in der Praxis stehen und noch selbst arbeiten. (!) Zu diesen hätte er mehr Vertrauen wie zu den von den Gewerkschaften oder von der sozialdemokratischen Parteileitung instruierten Arbeitersekretären. Der konservative Abgeordnete **v. Winterfeld** scheint sich in sehr abenteuerlichen Vorstellungen über die Gewerkschaftssekretäre zu bewegen.

Der **nationalliberale Redner Freiherr Heyl zu Herrnsheim** anerkennt das paritätische Prinzip. Den Arbeitgebern gibt er zu bedenken, daß auch England jetzt mit einer ähnlichen Einrichtung vorgeht, allerdings nur in der Heimindustrie, aber mit weitgehenden Befugnissen in der Regelung der Lohnfrage.

Der **Führer der deutschen Gewerkschaften, Abgeordneter Legien**, vertrat den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Arbeitskammerfrage. Nach einem Rückblick auf die parlamentarische Geschichte dieses Problems zeigte er besonders, wie das Zentrum seine Stellung zur Arbeiter- und Arbeitskammer-

frage fortwährend gewechselt habe und der Abgeordnete Hitzte noch 1895 für reine Arbeiterkammern — und zwar Lokal- und Bezirkskammern mit der Spitze eines Reichsarbeitsamtes — eingetreten sei. Legien wies die Auffassung, daß durch paritätische Kammern der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hergestellt werden könne, als eine falsche zurück. Die Möglichkeit einer Verständigung könne nur von *Macht zu Macht* erfolgen. »Schaffen Sie den Arbeitern die Macht, die die Unternehmerklasse hat, dann wird das, was sich jetzt zeigt, Vereinbarung mit Unternehmern, Tarifverträge, ein jahrelanges friedliches Verhältnis, zur Wahrheit werden.« Im weiteren legte Legien dar, wie die sozialdemokratische Partei eine großzügige Gesamtvertretung von Industrie, Handel, Gewerbe und Arbeit mit Selbstverwaltungsaufgaben und sozialpolitischen Aufsicht- und Verwaltungsbefugnissen gefordert habe, die eine paritätische war, aber durch die Ausschließlichkeit dieser Forderung und durch den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses sich gedrängt sah, eine gleichberechtigte Vertretung der Arbeiterklasse als *reine Arbeiterkammern* zu fordern. Wenn die Gewerkschaften so viel Sachkenntnis, Umsicht und Organisationstalent besitzen, als der Staatssekretär ihnen nachrühmte, dann müsse auch ihrem Urteil in dieser Frage eine große Bedeutung beizumessen sein. Die Sozialdemokratie will aber die Parität der Interessenvertretung keineswegs abschließen. Die Arbeiterkammer solle nur der Unterbau für die Organisation sein, ihr solle in höherer Instanz ein paritätisches Arbeitsamt folgen, das nicht nur gutachtliche, sondern auch verwaltungsrechtliche Funktionen ausüben und Exekutivgewalt haben solle. Hier solle die Parität durchaus gewahrt werden. Dafür werden für die Arbeiterkammern auch nur gutachtliche Funktionen verlangt.

Im einzelnen war der Redner nicht einverstanden mit der beruflichen Gliederung: die *territorielle* Gliederung sei vorzuziehen. Auch gegen den Ausschuß der Beschäftigten in Handel, Schifffahrt, Eisenbahnwesen, Militärwerkstätten und Staatsbetrieben müsse Einspruch erhoben werden. Ferner müsse den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, *unabhängige* Personen ihres Vertrauens, die gegen Maßregelung geschützt sind, zu wählen. Dazu gehöre die Zulassung der *Beamten der Gewerkschaften* zur Kammer. Den konservativen Redner, der solche Arbeitersekretäre ausgeschlossen sehen wollte, verwies Legien darauf, daß in den *Landwirtschaftskammern* wählbar seien: Vorstandsglieder oder Beamte landwirtschaftlicher oder landwirtschaftlichen Zwecken dienender Vereine, Genossenschaften, sowie solche Personen, denen die Wählbarkeit von der Landwirtschaftskammer beigelegt wird. Die Konservativen scheinen von Grundsätzen des *Rechts* und der *Gerechtigkeit* eine ganz andere Auffassung zu haben, als sonst im öffentlichen Leben stehende Leute. Ähnlich liege es bei den Handwerks- und Handwerkerkammern. Man hätte erwarten dürfen, daß den Arbeitern dieselben Rechte eingeräumt wurden als den Unternehmern. Das sei nicht geschehen, und daher sei es nicht zu verargen, wenn den Arbeitern Zweifel darüber entstanden, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter ebenso wahr, als die der Unternehmer. Besonders wandte sich Legien auch gegen die bürokratische Geschäftsführung und gegen die Art der Kostendeckung. Redner schloß mit der Erklärung, daß die vorgeschlagene Organisation als ausreichende Vertretung der Arbeiter nicht anzusehen sei. Seine Fraktion werde aber in der Kommission versuchen, ein *brauchbares* Gesetz zustande zu bringen.

Der **freisinnige Redner Goller** stellt sich aus Nützlichkeitsgründen auf den paritätischen Standpunkt. Der Abgeordnete **Höfjel** (Reichspartei) kann sich mit der Einbeziehung der Handwerker nicht recht befreunden.

Auch der christliche Gewerkschaftssekretär Abgeordneter **Behrens** tritt für paritätische Kammern ein, ebenso für die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre, wobei er auf die Erfahrungen in England und in der deutschen Tarifvertragspraxis verweist.

Der **polnische Redner Kulrski** dagegen verlangte reine Arbeiterkammern. Von dem Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern verspricht er sich wenig.

Der Abgeordnete **Pothhoff** nahm Anstoß daran, daß die technischen Angestellten den Arbeitskammern unterstellt würden, die Handelsangestellten aber ausgeschlossen bleiben sollten. Notwendig sei entweder das Hineinziehen aller Angestellten, aber dann mit Gleichberechtigung gegenüber Unternehmern und Arbeitern, oder die Herausnahme aller Angestellten aus dieser Organisation.

Die weiteren Verhandlungen werden auf eine Polemik des **Zentrumsredners** gegen den Vertreter der Sozialdemokratie zugespitzt.

Nach dieser ersten Reichstagsberatung wurde die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen, zu deren Vorsitzenden der Abgeordnete Legien gewählt ist. Das Schicksal des Entwurfs darf wohl als gesichert gelten, doch wird die Kommissionsberatung zweifellos durchgehende Aenderungen bringen.

(Korrespondenzblatt.)

Genossenschaftliche Rundschau.

Es dürfte nicht unnützlich sein, einmal darauf hinzuweisen, welchen Hemmnissen und Widerständen das Konsumvereinswesen in Deutschland ausgesetzt ist, zumal man auch an deren verhältnismäßig negativen Wirkung die wirtschaftliche Kraft und den idealen Gehalt abmessen kann, die trotz der Hemmnisse die konsumgenossenschaftliche Organisation vorwärtsbringen.

Das Kapitel der modernen Beamtenverfolgungen wegen Zugehörigkeit zu Konsumvereinen, das erst vor kurzem die Eisenbahndirektionen von Mainz und Erfurt bereichert haben, spricht Bände dafür, daß, wenn man die Einreihung der Gesellschaft in Klassen nicht schon von der Wiege bis zum Grabe am eigenen Leibe verspüren würde, die preußisch-deutsche Bürokratie selbst beim Konsumvereinswesen — also einer neutralwirtschaftlichen aber allerdings wirtschaftsozialistischer Tendenzen verdrängten Organisationsform — dafür sorgt, daß diese dreimal gehelligte Klassenordnung auch nicht im mindesten verwirrt oder verwischt wird. Und dann redet man vom Klassenhaß der Besitzlosen! Ein noch typischeres Beispiel von Willkürakten, die sich gegen das Konsumvereinswesen richten, lieferte vor ca. 2 Jahren die Dresdener Stadtverwaltung, indem sie den städtischen Bediensteten und Arbeitern (!) nach Gewährung einer Teuerungszulage verbot, fernerhin einem Konsumvereine anzugehören oder ihm beizutreten. Und erst als die Arbeiterfrauen als Mitglieder die Lücken ausfüllten, die die besorgte Mittelstandspolitik der Dresdener Stadtväter — denn um »Mittelstandspolitik« handelt sich's alleweil, wenn's gegen die Konsumvereine geht — in die Konsumvereinsreihen gerissen hatte, und als man von dritter Seite bei jeder Gelegenheit an die Taten der Männer von Schilda und Abdora erinnert wurde, zog man in Dresden die pfiffige Verordnung zurück. Rächte sich allerdings in neuester Zeit für diese Selbstblamage durch den wiederholten Beschluß einer exorbitanten Umsatzbesteuerung der vier Dresdener Konsumvereine, der allerdings noch der oberbehördlichen staatlichen Genehmigung harri, die in früheren Fällen versagt wurde, und zwar mit der Begründung, daß außer den Vorteilen der Konsumvereine insbesondere für die Arbeiterbevölkerung auch die politische und soziale Verbitterung in Betracht zu ziehen sei, die durch eine derartige Maßregel hervorgerufen werden müßte. Die sächsische Regierung des »roten Königreichs« von 1903 war inzwischen recht »helle« geworden!

Das Steuerkapitel zählt so recht zum eisernen Bestand der Mittelstandspolitik, soweit sie sich gegen Konsumvereine richtet. Den neuesten Beweis dafür lieferte ja die vor einiger Zeit in die öffentliche Diskussion geworfene preußische Gesellschaftsteuer, die bestimmt ist, den Konsumvereinen innerhalb der schwarz-weißen Grenzpläne das Leben möglichst sauer zu machen. Und die Gefahr dieser Steuer, die den preußischen Konsumvereinen jährlich 500000 Mk. ihrer Ersparnisse kosten sollte, ist mitnichten deshalb beseitigt, weil sie von der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses bereits abgelehnt wurde. Im Gegenteil. Die Gefahr ist größer geworden, weil die Absicht besteht, die Steuer, von der die Konsumvereine am allerhärtesten betroffen werden würden, dem Reichstag zum eventuellen Ersatz für die den Agrariern so unbeliebte Nachlaßsteuer zur Beschlußfassung zu »überlassen«.

Die Steuerfrage ist allgemein als ein wunder Punkt in der weiteren Entwicklung des Konsumvereinswesens zu betrachten. Denn eskommt der Staat — und darunter fallen heute schon fast die allermeisten deutschen Bundesstaaten — den Wirtschaftsorganisationen der Konsumenten einen großen Teil ihrer Ersparnisse hinweg, so bedeutet dies zunächst einen recht empfindlichen Verlust materieller Werte. Weiterhin aber auch einen recht idealen Verlust; nämlich an Anziehungskraft des Vereins für die konsumierende Bevölkerung, die vorläufig noch recht wenig nach genossenschaftlichen Idealen fragt, sondern ihre eventuelle Mitgliedschaft von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Vereins abhängig macht.

Dies Kapitel ist eines der beschämendsten für die Regierungswelt unserer Bundesstaaten. Denn die Besteuerung der Konsumvereine, die ohne weiteres als eine ungeeichte Ausnahmesteuerung bezeichnet werden muß, frisst bis zu 26 Prozent der Ersparnisse der Arbeiter- und sonstigen minderbemittelten Bevölkerung wrg. Dabei steht merkwürdigerweise das sonst verhältnismäßig liberal regierte Württemberg an der Spitze. Muß doch der eine Stuttgarter Konsumverein mit seinen 27000 Mitgliedern bei einer Jahresersparnis von rund 700000 Mk. im Jahr 1907 an Steuern und Abgaben 162000 Mk. bezahlen, die sich im Jahre 1909 oder 1910 auf ca. 200000 Mk. steigern werden, da der neueste württembergische Staatshaushalt eine Verrechnung des Steuersolls um 12% für den Staat und um ca. 8% für die Stadt vorsieht. Die ca. 70 württembergischen Konsumvereine zusammen zahlen im Jahre 1908 über 300000 Mk. Steuern und Abgaben bei einer reinen Ersparnis von 1800000 Mk.

Das ist nicht hübsch. Aber noch viel krasser liegt ein Fall von Ausnahmesteuerung in der bekannten Webergemeinde Langenbieten. Dort haben sich die armen Weber zu einem Konsumverein zusammengeschlossen, der dank dem preußischen

Warenhaussteuergesetz für 1908 bei 3350 Mitgliedern nicht weniger als 11000 Mk Umsatzsteuer bezahlen mußte, die dann unter die Steuerpflichtigen der dritten und vierten Gewerbesteuerklasse verteilt wurden! So ließ die Gemeinde vom Gelde der armen Weber u. a. an einzelne Gastwirte 50–70 Mk., an den Schornsteinfeger 60 Mk. und an eine Anzahl kleinerer Fabrikanten (!) ähnliche Summen bar auszahlen. Die Hauptlast trifft nach der »Soz. Praxis«, der diese hübsche Blüte preußischer Sozialpolitik entnommen ist, das preußische Warenhaussteuergesetz, dessen sozialpolitische Wirksamkeit damit aus grellster beleuchtet ist.

Im übrigen ist die Ausnahmesteuergesetzgebung einfach ein Stück Mittelstandspolitik allerchristlicher, konservativer Kreise auf Kosten der Aermsten. Eine Strafe für den wirtschaftlichen Fortschritt, eine Hemmung der genossenschaftlichen Entwicklung. In Bayern und Hessen sind ähnliche Steuerzettelgruppen wie in Preußen, Sachsen und Württemberg in Vorbereitung, zu denen die Sau des armen Mannes vom Konsumverein geschlachtet werden soll. Daß diese ganze steuerliche Ausnahmehandlung gegen die Konsumvereine im schärfsten Widerspruch steht mit der überall beobachteten staatlichen Fürsorge für die Handwerker, Kredit- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, denen man häufig genug nicht nur die Verwaltungsorgane des Staates kostenlos zur Verfügung stellt, sondern sie auch direkt finanziell unterstützt und ihnen außerdem Steuervergünstigungen einräumt, ist eine jener »Schicksalsfügungen«, denen die minder- oder nichtbesitzenden Bevölkerungsklassen in Preußen-Deutschland leider recht häufig ausgesetzt sind. Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine — moralische und materielle Unterstützung der übrigen Genossenschaften — darin drückt sich die Formel der staatlichen Gerechtigkeit und volkswirtschaftlichen Erkenntnis aus, so man Mittelstandspolitik nennt.

Was die Parteien anbelangt, die hierbei gewissermaßen als politische Schutztruppen der sparenden Habenichtse in Betracht kommen, so ist vor allem die Sozialdemokratie als ein ehrlicher Freund der Konsumvereine anzuspüren, während die Liberalen aller Schattierungen etwas süß-sauer die Verteidigung der Konsumenteninteressen mitmachen. Die Konservativen und Bauernbündler sind die treibenden Kräfte gegen das Konsumvereinswesen, und das Zentrum sieht sich durch seine Mittelstandspolitik auf der einen Seite und durch die noch zu seiner Fahne schwärmenden Arbeiter auf der anderen Seite zwischen Scylla und Charybdis hin- und hergestoßen. Es handelt mal so, mal so — wie's grad trifft.

Die politisch-taktische Seite der Frage ist die, daß die Arbeiter mit Fingern darauf weisen können, daß die Regierungen und schiefenden Parteien den Selbstschutz und die Selbsthilfe der Arbeitermassen auf einem rein wirtschaftlichen Gebiet unter Steuerstrafe stellen, während zu gleicher Zeit dieselbe Masse ihre Existenz durch die Wirtschaftspolitik der gleichen Faktoren erschwert und untergraben sieht. Mit der Zeit könnte sich diese Tatsache als eines der stärksten Argumente gegen die arbeiterfreundliche Maske von Regierungen und Parteien verweilen lassen. Und wenn's nur den Zweck hätte, der Entwicklung der Konsumvereinsache recht böse Steine aus dem Weg zu räumen, was die Aufgabe jedes wirklichen Sozialpolitikers und Volkswirtschaftlers sein müßte.

G. C.

Lichtarbeit und Fabrikluft.

Von B. Enders.

Mit dem Beginn der kalten Jahreszeit beginnt auch für den Arbeiter eine recht trostlose Zeit — die Zeit der Lichtarbeit. Daß sie nicht mit Sehnsucht erwartet und mit Freuden begrüßt wird, gleich der Zeit des heranahenden Frühlings, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Eine Ausnahme machen höchstens die besitzenden Klassen, denen das Winterhalbjahr Bälle, Soireen, Konzerte, Wohltätigkeitsbare und andere gesellschaftliche Vergnügungen und Lustbarkeiten bringt. Bei vielen Arbeitern dagegen ist diese Zeit mit herabgesetztem Arbeitsverdienst verbunden. Nicht allein daher, weil viele Arbeitsverrichtungen bei künstlichem Lichte überhaupt nicht ausgeführt werden, sondern auch daher, weil die kältere Jahreszeit eine Einschränkung oder gänzliche Einstellung so mancher Arbeit notwendig macht.

Diejenigen Arbeiterkategorien, die ihre Arbeit in geschlossenen Räumen verrichten müssen, also z. B. wir graphischen Arbeiter, sind mancherlei gesundheitlichen Nachteilen ausgesetzt, die durch die Arbeit bei künstlichem Lichte noch eine Steigerung erfahren. Ist schon tagsüber der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nicht angenehm, so wird er in den Abendstunden, wenn erst einmal das Licht einige Zeit brennt, fast unerträglich. Das kommt daher, weil die Materialien, die vom Arbeiter zu verarbeiten sind, mehr oder weniger ausdünsten. Die Ausdünstung wird aber durch erhöhte Temperatur wesentlich gefördert. Da nun beim Lichte die Temperatur rasch hinaufgeht, so findet naturgemäß auch eine stärkere Ausdünstung aller im Arbeitsraum lagernder Stoffe und Gegenstände statt. Daher in den Abendstunden die schlechte, überreichende und in die Augen blendende Luft im Arbeitsraum.

Aber das ist es nicht allein, was die Luft verdirbt. Das Licht selbst und die Heizungskörper (Ofen oder Dampfheizung) tragen ebenfalls zur Verschlechterung der Luft bei. Gleich wie der menschliche Organismus, wenn er normal funktionieren soll, des Sauerstoffes bedarf, so auch die Licht- und Heizungskörper. Im Freien erneuert sich dieser unausgesetzt. Nicht so in geschlossenen Räumen, in denen er nur zu bald aufgezehrt ist, wenn Menschen darin hausen, künstliches Licht brennt und geheizt wird.

Hinzu kommt noch, daß der Mangel des Sonnenlichtes den Bestand der Luft im Arbeitsraum ungünstig beeinflusst. Denn unsere Sonne wärmt nicht nur, sondern ihre Strahlen üben zugleich eine überaus reinigende Kraft aus: sie desinfizieren und organisieren die Luft und töten krankheitserregende Keime.

Als ein weiterer luftverderbender Faktor kommt noch der Staub in Betracht. Sicherlich ist er beim Arbeiten nicht zu vermeiden. Aber er wirkt um so lästiger, wenn er sich von dem erhitzten Heizkörper löst und in die Luft steigt und im erwärmten Zustande in die Atmungsorgane dringt, wo er bedenkliche Reizerscheinungen hervorruft.

Kann nun auch nicht erwartet werden, daß die Luft im Arbeitsraum im gleichen Zustand sich erhalten ließe wie im Freien, so könnte aber doch manches zu deren Verbesserung getan werden. Wäre genügende Ventilation vorhanden und würde nicht nur das Fortschaffen der verdorbenen Luft berücksichtigt, sondern auch für reichlichen Zufluß der äußeren Luft Sorge getragen, was durch Vorrichtungen sehr gut möglich wäre, — würde ferner der Staubeintrag möglichst vorgebeugt und der angesammelte Staub oft und gründlich entfernt, so wäre damit in gesundheitlicher Beziehung sehr viel gewonnen. Da aber in dieser Richtung so gut wie nichts geschieht, so braucht man sich auch nicht darüber zu verwundern, daß in der kälteren Jahreszeit die Krankheitsziffer so rapid steigt. Die Kälte ist es aber nicht, welche die Menschen krank macht, sondern der Aufenthalt in den schlecht ventilierten Räumen, das Abschließen gegen die äußere Luft.

Luft ist das halbe Leben! Luft, das heißt reine, atmosphärische Luft, macht Kranke gesund, stärkt die Lungen, fördert die Verdauung. Bei dem Arbeiter aber, der von der äußeren Luft gar zu wenig erhält, ist das gerade Gegenteil der Fall. Die schlechte Luft im Arbeitsraum setzt alle Funktionen seines Körpers herab; dazu noch unzureichende Nahrung und schlechte Wohnungen, und wir haben die Jammergestalten der Industrie vor uns. Frühzeitiges Sechtum, frühzeitiger Tod erklären sich aus solchen Zuständen zur Genüge.

Die Lichtarbeit ist besonders deshalb noch ungünstig, weil sie vielmehr Aufmerksamkeit verlangt als die Arbeit bei Tageslicht und daher auch eine weit größere Anstrengung erfordert. Natürlich gilt das nicht von jeder Arbeit. Eine Ausnahme machen rein mechanische grobe Verrichtungen. Weit nun aber bis zu den Abendstunden, wenn die Dunkelheit hereinbricht und zur Lichtarbeit übergegangen wird, die Arbeitskraft des Arbeiters schon ziemlich in Anspruch genommen wurde, so fällt die Lichtarbeit doppelt schwer. Daraus ist es auch zu erklären, daß sich Arbeiten diffiziler Natur, die bei künstlichem Lichte begonnen wurden, bei Tageslicht besehen oft als unbrauchbar erweisen und wieder von vorn angefangen werden müssen.

Es mag zugegeben werden, daß die Lichtarbeit nicht gänzlich zu umgehen ist. Es gibt eben eine Menge von Arbeiten, deren Unterbrechung nicht tunlich ist, wie z. B. beim Verkehr. In Fabriken, Werkstätten, Kontoren und anderen Arbeitsplätzen sollte sie aber auf das Notwendigste beschränkt werden. Würde sie da gänzlich wegfallen, dann würde ihr sicherlich kein Arbeiter eine Träne nachweinen. Um die Lichtarbeit aber möglichst zu verringern, brauchte nur im Winterhalbjahr die Arbeitszeit dem Tageslichte angepaßt zu werden, so daß sie sich auf sieben, höchstens acht Stunden beläuft. Wenn diese Zeit gründlich ausgenutzt wird, so hat der Arbeitende sein tägliches Pflichtteil der Arbeitsleistung vollauf erfüllt. Die Fortsetzung der Arbeit bei künstlichem Lichte ist nur als eine Überbeanspruchung der Kräfte zu betrachten.

In betreff der Lüftung von Arbeitsräumen schreibt Professor Reklam in Leipzig: »In Werkstätten sollten zur Sommerzeit die oberen Fensterlflügel Tag und Nacht weit offen stehen. In jedem Arbeitslokal müssen alle Fenster während der Mittagszeit geöffnet werden und, womöglich, auch während der Nacht; das Lüften während einiger Stunden genügt nicht. Ganz besonders ist dies für solche Geschäfte wichtig, in denen mit ausdünstenden Stoffen gearbeitet wird, wie in Druckereien, in Schuhmacherwerkstätten, Schneiderwerkstätten. Es könnten alljährlich nicht nur zahlreiche Todesfälle dadurch verhütet werden, sondern auch zahlreiche Krankheitsfälle, und die Krankenkassen sollten ihren Mitgliedern ein solches Verhalten zur Pflicht machen.« Das sollte im Sommer geschehen, meint Prof. Reklam. Um wie vieles mehr aber ist nun erst das Lüften im Winter nötig, wenn geheizt und Licht gebrannt wird!

Soll der Degenerierung, die durch die Fabrikarbeit hervorgerufen wird, vorgebeugt werden, und soll ein starkes und arbeitsreiches Geschlecht heranwachsen, so muß die Lichtarbeit möglichst reduziert werden und die Verbesserung der Luft

in den Arbeitsräumen als oberster hygienischer Grundsatz zur Geltung kommen.

Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterversicherung heute von keiner Seite mehr angezweifelt wird, herrscht doch über die Art und den materiellen Inhalt der Reform lebhafter Streit. Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plane, die drei jetzt vorhandenen Zweige der Versicherung einheitlich zu gestalten, Schritt für Schritt zurückgewichen. Aus dem Programm der im Oktober vorigen Jahres abgehaltenen Konferenzen im Reichsamt des Innern zu schließen, will die Regierung die Bürokratisierung der Arbeiterversicherung, die sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung so erfolgreich begonnen hat, bei Gelegenheit dieser Reform vervollständigen.

Die Vertreter der Versicherten sind diesem Programm der Regierung bereits deutlich und energisch entgegengetreten. Ja wenn man den Äußerungen der Unternehmer und ihrer Organe trauen darf, so haben auch diese einen unüberwindlichen Abscheu vor einer Erweiterung des Machtbereiches der staatlichen Bürokratie innerhalb der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Selbst wenn jedoch, namentlich im Hinblick auf das Ergebnis der oben erwähnten Konferenzen, die gegenwärtigen Rechte der Selbstverwaltung so gesichert wären, wie sie zu sein scheinen, so kann das der Arbeiterschaft keineswegs genügen. Die Praxis beweist vielmehr täglich aufs neue, daß die Arbeiterversicherung, namentlich die Unfall- und Invalidenversicherung, ohne eine erweiterte Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung dieser Einrichtungen trotz aller Reformen der Regierung eine gesunde Fortentwicklung nicht erfahren würde.

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur da als segenerweise erweisen, wo ihrem Betätigungsbereich nicht allzu enge Schranken durch eine reaktionäre und veraltete Gesetzgebung gezogen sind. Eine *volkstümliche Reform* müßte daher auch auf eine Erweiterung und Vervollkommnung der Leistungen der Arbeiterversicherung das Hauptgewicht legen. Davon scheint die Regierung jedoch noch weniger wissen zu wollen, als von einer Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte.

Wie wenig die Regierung geneigt ist, freiwillig etwa eine Erhöhung der spottbilligen Invalidenrenten zuzugeben, beweist u. a. der Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung zu der Frage der *staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten* dem Reichsamt vorgelegt wurde. Um den Gedanken eines Ausbaues der Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes von vornherein im Keime zu ersticken, betwortet die Regierung in dieser Denkschrift eine *Sonderversicherung der Angestellten außerhalb der Arbeiterversicherung*, damit die von den Angestellten gewünschten höheren Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge ermöglicht werden.

Die nächste Zukunft wird jedoch die Regierung und den mit diesem Plane ebenfalls liebäugelnden Parteien beweisen, daß sie die Arbeiterschaft durch solche, offenbar recht staatsmännisch klug sein sollende Sozialpolitik von ihren Forderungen nach *materieller Ausgestaltung der Arbeiterversicherung nicht abbringen lassen wird*. Sie wird vielmehr die ihr zugehenden Benachteiligungen zu würdigen wissen. Mit aller Energie müssen die den Privatangestellten gemachten Zugeständnisse für die Gesamtheit der Arbeiterklasse (einschließlich der Privatangestellten) in Anspruch genommen werden.

Das Leitmotiv für die Einführung der Invalidenversicherung wie der Arbeiterversicherung überhaupt war bekanntlich nicht nur eine Verbesserung der Armenpflege, sondern die Arbeiter sollten auch zufriedener gemacht werden. Diese Aufgabe staats-erhaltender Politik wurde jedoch so mangelhaft erfüllt, daß die Arbeiterschaft durch die neue Versicherung nur noch unzufriedener wurde. Namentlich die Kläglichkeit der Invalidenrenten bewies, wie gering die besitzende Klasse der Existenz des Arbeiters einschätzt. Im Jahre 1900 belief sich der Durchschnittswert der Invalidenrente 142,54 Mk. jährlich. 1907 war der Durchschnittswert auf 166,04 Mk. jährlich gestiegen. Diese Steigerung ist zunächst auf die längere Geltungsdauer des Gesetzes zurückzuführen. Dann aber auch auf die durch das Ansteigen der Löhne erfolgende Versicherung in einer höheren Beitragsklasse. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrags betrug 1900: 22,55 Pf. und stieg bis zum Jahre 1906 auf 24 46 Pf. Während im Jahre 1900 von je 100 Wochenbeiträgen auf Klasse I (bis 350 Mk. Jahrevorstand) 18,09 Beiträge entfielen, kamen im Jahre 1906 nur noch 12,7 Proz. der Beiträge auf Klasse I. Ebenso ist der Prozentanteil in Klasse II von 34,2 auf 29 gefallen, dagegen in Klasse III von 23,8 auf 24,4 Proz., in Klasse IV von 15,8 auf 18,3 Proz. und in Klasse V von 7,3 auf 15,6 Proz. gestiegen.

Haben aber schon die Lohnerhöhungen mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht Schritt halten können, so ist die durch die Lohnerhöhungen erzielte Steigerung der Renten noch weit weniger ausreichend. Die indirekten Steuern sind in Deutschland seit dem Jahre 1878 von 10,62

Mk. auf 25,52 Mk. jährlich auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, angestiegen. Eine Familie mit 4 Kindern hat daher etwa 153 Mk. jährlich an indirekten Steuern zu zahlen. Dieser indirekten Steuer kann der Arbeiter auch nicht ausweichen, wenn er invalide wird. Nach dem durchschnittlichen Wert der Invalidenrente bemessen, reicht also die Invalidenrente gerade hin, um einen invaliden Arbeiter und seine Familie von den indirekten Steuern zu befreien. Kein Wunder, wenn es nicht gelingen will, die Arbeiterschaft durch die Arbeiterversicherung zufriedener zu machen.

Die Erhöhung der Renten muß daher im Vordergrund jeder Reform der Invalidenversicherung stehen. Ohne Rentenerhöhung keine Reform.

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung wertvoll erscheinen lassen könnte, ist das vorbeugende Heilverfahren. »Krankheiten verhüten ist tausendmal wertvoller als Krankheiten heilen.« Im § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den Landesversicherungsanstalten die Befugnis eingeräumt, ein Heilverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Aber wie oft machen die Landesversicherungsanstalten von ihren Befugnissen keinen Gebrauch! Während der Kostenaufwand für das vorbeugende Heilverfahren sich im Jahre 1902 auf 251,92 Mk. und 1903 auf 263,83 Mk. pro Person belief, sank die Ausgabe hierfür seitdem ständig. Sie betrug 1906 nur noch 249,10 Mk. pro Person. Insgesamt wurden 1906 rund 16,6 Millionen Mark, 1907 dagegen nur noch rund 15,1 Millionen Mark für das Heilverfahren aufgewendet. Noch engherziger wie mit der Einleitung des Heilverfahrens sind die Landesversicherungsanstalten mit der Bewilligung von Renten. Fiel noch die Zahl der bewilligten Renten von 150 209 im Jahre 1903 auf 111 885 im Jahre 1906 herab!

Dabei ist nicht etwa Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel die Ursache dieser Sparsamkeitspolitik. Das zeigen die geradezu glänzenden Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung. Die Gesamtentnahme sämtlicher Träger der Invalidenversicherung betrug 1907 mehr als 226 Millionen Mk. Das Gesamtvermögen bezifferte sich 1900 auf 847 Mill. Mk., 1907 auf 1404 Millionen Mk. Der Ueberschuß des Jahres 1907 beziffert sich auf 855 Millionen Mk. Am Schluß des Jahres 1908 werden etwa rund 1 1/2 Milliarden Mk. an Vermögen angesammelt sein. Diese unsinnige Anhäufung von Millionen und Abermillionen aus den Beiträgen der Arbeiter, während die Invaliden Hunger leiden, das ist eins der traurigsten Kapitel unserer Sozialreform.

Die bürokratische Verwaltung der Invalidenversicherung paßt so vorzüglich in den Rahmen unserer preußisch-deutschen Regierungsmaximen, daß man es verstehen kann, wenn die Regierung nichts sennlicher wünscht, als die *gesamte Arbeiterversicherung* in dieses Schema hineinzupressen. Mit abhängigen, bürokratisch gedillten Beamten hofft sie besser auszukommen, als mit den rückgratfesten Vertretern der Versicherten.

Die Arbeiterklasse muß diesen nahe vor der Vollendung stehenden Bestrebungen der Regierenden in Deutschland die ganze Wucht ihrer Agitation, ihres politischen Einflusses entgegenzusetzen. Sie muß die versuchte Rückwärtsbewegung der Arbeiterversicherung durch eine kraftvolle Agitation beantworten, die getragen wird von der Forderung einer wirksamen und volkstümlichen *Fortentwicklung der Arbeiterversicherung*.

Briefkasten der Redaktion.

Berichtigung. Der »Brief aus Posen«, der in No. 4 enthalten ist, gehört nicht in die Rubrik »Photogr. Mitarbeiter«, sondern unter »Allgemeines«. Umgekehrt gehört der »Brief aus Dresden« statt unter »Allgemeines« in die Rubrik »Photographische Mitarbeiter«. Das ergibt sich auch aus der Inhaltsübersicht auf der 1. Seite von No. 4. — *P. G. C.* In Manuskripten sind alle Worte *auszuschreiben*. Wie würde wohl ihr Bericht aussehen, wenn der Setzer nach ihrem Manuskript alle kleinen Wörtchen, wie »von« oder »der, die, das« oder »und«, nur immer als v., d. oder u. setzen würde. — *J. M. D.* S. Kam leider für vorliegende Nummer zu spät. Gruß! — *B. U., S., G. Q., B.* Kam erst Montag hier an, also zu spät.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Eine Plakat- und Buchzeichen-Ausstellung.

Der Bildungsausschuß der Berliner Filialen veranstaltete kürzlich im Gewerkschaftshaus eine Ausstellung moderner Plakate, die sich eines sehr starken Besuches nicht nur aus Kollegenkreisen, sondern aus allen Kreisen der Bevölkerung erfreute. Sie veranschaulichte klar den erzieherischen und geschmackbildenden Einfluß

den das künstlerische Plakat oder eine Zusammenstellung künstlerischer Plakate auf großen Plakatafeln auszuüben vermag.

Daneben wurden die Gefahren, die der Plakatkunst und dem graphischen Gewerbe durch die geplante Anzeigensteuer drohen, durch Steuerberechnungen veranschaulicht, die in Form von kleinen Zetteln einigen Plakaten angeheftet waren. Bekanntlich will man für ausgehängte Plakate je nach der Größe des Orts, in welchem sie ausgehängt werden, eine Steuer von 1, 2 und 3 Pfennigen für je 1000 Quadratcentimeter erheben. Ein Plakat in der Größe von 70 × 100 Zentimetern, d. h. also mit einem Flächenraum von 7000 Quadratcentimetern, würde demnach in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern für jedes ausgehängte Exemplar, dessen Herstellungspreis vielleicht 15 Pf. beträgt, allein 7 × 3 = 21 Pf. Steuer kosten! Ein großes Plakat in der Größe von 130 × 200 Zentimetern oder mit einem Flächenraum von 26 000 Quadratcentimetern kostete dann pro Exemplar 26 × 3 = 78 Pf. Steuer. Wenn also von diesem Plakat nur 1000 Exemplare in Großstädten ausgehängt werden sollten, würden allein 780 Mk., d. h. eine viel größere Summe wie die Herstellungskosten, als Steuer zu entrichten sein. Die ganze Unvernunft und der volle, gewerbeschädigende Charakter dieser Steuer wurde durch die lehrreiche Ausstellung klar dargestellt.

Im Ausstellungsraum hielt außerdem Kollege Haß noch einen kurzen Vortrag über das Wesen der geplanten Steuer und die vernichtenden Wirkungen, die sie, wenn sie Gesetz werden sollte, auf unser Gewerbe ausüben muß. Durch das gesprochene Wort wurde der Anschauungsunterricht, den die Ausstellung ermöglichte, wirkungsvoll unterstützt. Den Ausführungen des Kollegen Haß war ein sehr interessanter Vortrag des Kunstmalers Knab über »Das moderne Plakat« vorangegangen, den wir wahrscheinlich bald in Form eines Artikels weiteren Kreisen zugänglich machen können.

Die Veranstaltung hat zweifellos sehr viel zur Aufklärung des Publikums über die unverantwortliche, gewerbeschädigende Steuerpolitik der Regierung beigetragen. Voraussichtlich wird sie in größerem Umfange wiederholt werden. Die Veranstaltung ähnlicher Ausstellungen auch in anderen Orten wäre dringend zu empfehlen.

Mit der Plakatausstellung war eine Ausstellung der Entwürfe zu einem Buch- und Lesezeichen, die auf Grund des Wettbewerbs des Bildungsausschusses eingegangen waren, verbunden. Ueber die ausgestellten Arbeiten geht uns folgende kritische Abhandlung zu:

Innerhalb unseres Verbandes haben wir wohl eine ganze Reihe befähigter, tüchtiger Kollegen; man empfindet es deshalb beim Uebersehen der eingesandten Arbeiten sehr, daß die Beteiligung am Wettbewerb nur gering war. Wahrscheinlich hat das scharfbegrenzte Gebiet, auf dem sich die Kollegen betätigen sollten, viele abgehalten.

Untersuchen wir nun die eingesandten Arbeiten einer näheren Betrachtung, so finden wir, daß sich viele Einsender nicht recht in die Art und das Wesen eines Ex libris hineindenken konnten. Im allgemeinen mangelt es an Selbstempfinden, da an den ausgestellten Arbeiten manche Reminiszenz an Gesehenes zu entdecken ist. Auch die Reproduktion von verschiedenen Sachen würde sich nicht vorteilhaft gestalten.

Der mit dem ersten Preis bedachte Entwurf von *Franz Kobler-München* (Motto: Schwarz-Grün) vereinigt das, was man von einem guten Ex libris verlangt. Vor allem: harmonisch im Zusammenhang von Bild und Schrift, ruhig, denkbar einfach in Komposition und Zeichnung, gut abgestimmt im grau-grünen Ton und dadurch vorteilhaft zur guten Wirkung des Ganzen beiträgend.

Dieses Zusammenwirken von Bild und Schrift fehlt der mit dem 2. Preis ausgezeichneten Arbeit eines Mitglieds der Skizzenvereinsung Radliff-Kaufbeuren. Zu einem sehr malerisch gesehenen Bücherregal, welches jedoch nicht als Eigenes wirkt, steht die Schrift in keinem Vergleich. Jedoch hat die Arbeit das Gute, gesund und derb im Strich zu sein.

Das Ex libris mit dem Motto: »Gut Freund« ist in der Idee zu weit abgezweigt, die Zeichnung ist sauber, die Schrift gut und einfach. Die Umrandung wirkt zusammengesetzt.

Bei den Arbeiten mit dem Motto: »Dornen« gewinnt man den Eindruck, als wenn die Eule im Bild von anderer Hand stamme, als das bei weitem

bessere Bucherrangement. Im ganzen ist die Arbeit geschlossen und breit im Strich. Eine mit großer Sorgfalt und vielem Fleiß ausgeführte Arbeit mit dem Motto: »Concordia« eignet sich nicht recht als Ex libris; auch ist die Art der Empfindung dem Geschmack unserer fortgeschrittenen Zeit nicht mehr entsprechend. Die Arbeit mit dem Motto: »Vorwärts«, die einfach aus Schrift und Ornament besteht, ist sauber und derb. Sie könnte aber ebensogut im Buchdruck hergestellt werden. Bei dem Entwurf mit dem Motto: »In freien Stunden«, läßt die Zeichnung der Amoretten zu wünschen übrig; die Köpfe sind zu klein im Verhältnis zum Körper und unglücklich aufgesetzt. Auch ist der geringe Zusammenhang des Ganzen durch den nicht geschlossenen Ton erhöht. Zum Schluß sei noch erwähnt, das in zwei Farben gedachte einheitlich wirkende Ex libris.

Dieses Gebiet bietet unseren Kollegen noch ein breites dankbares Feld der Betätigung, wo man in tausendfacher Art seinen Ideen folgen kann. Ein Gebiet, welches veredelnd wirkt, doch von den zeichnerisch veranlagten und begabten Kollegen leider zu wenig betreten worden ist. H. L.

Ortsberichte.

Dresden. (Krisenzeichen.) Im Gau Dresden stehen gegenwärtig zwei Lithographie- und Steindruckerebetriebe in der Auflösung, die ca. 40 Jahre alte Dresdner Kunstanstalt vorm. Moritz Sobel A. G. und die A.-G. vorm. Schwenke in Königstein. Beide Oesellschaften haben die Liquidation beschlossen und ihrem Personale gekündigt. In der ersten Firma kommen 8 Lithographen und 20 Drucker, in der anderen 3 Lithographen und 8-10 Drucker in Frage, nach dem Standart des vergangenen Jahres. Sie sind beide als Opfer des jetzigen industriellerstörnden Zolltarifs mit seinen die Fortentwicklung hemmenden Handelsverträgen anzusehen. Die A.-G. vorm. Sobel hatte jahrzehntlang bis Anfang der 90er Jahre eine glänzende Prosperität zu verzeichnen. Die Exportkrise, die Mitte des vorigen Jahrzehnts von Amerika und England ausging, brachte ihr den Konkurs. In eine Aktiengesellschaft umgewandelt, erholte sie sich nach und nach wieder, bis sie von der jetzigen Krise zur Strecke gebracht wurde. So schlägt die deutsche Zollkunst immer wieder zuungunsten der Arbeiter aus, die Arbeitslosigkeit vermehrend und die Krise verlängern. Nur der Organisationsgeist und die Steigerung unserer Aktionskraft durch festen Zusammenhalt kann so schwere Zeiten überwinden.

Niedersedlitz. Am 19. Januar fand eine Protestversammlung der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Leinen über »Die Lage in unserem Beruf und die Gefahren der neuen Steuervorlagen, insbesondere der Plakatsteuer« referierte. Er führte der Versammlung an Beispielen vor Augen, in welcher gefährlicher Weise die geplanten Steuern, wenn sie Gesetz würden, schädigend für das ganze Gewerbe werden können. Der Vertreter der Hilfsarbeiter betonte in der Diskussion, daß sich die Arbeiter angesichts solcher Steuervorlagen organisieren und durch die Organisation dagegen wehren müßten, immer nur die Leidtragenden zu sein. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die Reichsregierung hat dem Reichstage Steuervorlagen unterbreitet, unter denen sich solche auf Tabakfabrikate und Ankündigungen, insbesondere Plakate, befinden. Die heute im Gasthof Niedersedlitz versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Berufe erheben gegen diese Steuervorlagen entschiedenen Protest, da sie einen günstigen Absatz dieser Produkte im schlimmsten Maße hindern und die ohnedies vorhandene starke Arbeitslosigkeit vermehren würden. Der Zolltarif und die jetzigen Handelsverträge haben das Exportgeschäft graphischer Erzeugnisse bereits so verringert, daß diese Industrie eine weitere Einschränkung des Konsums, die durch die geplanten Steuern unzweifelhaft entstehen müßte, nicht mehr vertragen kann. Die Versammlung erwartet vom Reichstag, daß er diesen Steuervorlagen seine Zustimmung versagt.«

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schwetter, Leipzig-N.

Brief aus Zittau i. S.

Nach längerer Pause sehen wir uns veranlaßt, die Spalten der »Gr. Pr.« in Anspruch zu nehmen, um die Allgemeinheit mit den Verhältnissen am Ort, insbesondere der in der Firma Schiemann & Co., bekanntzumachen.

Dem Drange der Zeit folgend, befaßte sich die hiesige Kollegenschaft bereits in mehreren Versammlungen mit dem Gedanken, an die Firma mit der Forderung heranzutreten, die 8- oder wenigstens vorläufig die 8 $\frac{1}{2}$ -stündige Arbeitszeit für Lithographen einzuführen.

Diese Forderung ist um so mehr gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß die Firma (dem Größen-

verhältnis angemessen) die einzige der ganzen Oberlausitz ist, in der noch die 9stündige Arbeitszeit für Lithographen besteht.

Um einen Ausgleich zu schaffen und in der Erwägung, daß bereits „aller deutschen Lithographen die 8stündige Arbeitszeit haben — wurde in der Versammlung vom 11. Januar eine Kommission gewählt, die mit der Firma in Verbindung zu treten hatte.

Der Kommission wurde von seiten der Gauerwaltung Kollege Saupe als Verhandlungsleiter beigegeben.

Wer nun glaubte, daß die Firma Schiemann unsere Kollegen wenigstens insoweit entgegenkommen würde, der 8 $\frac{1}{2}$ -stündigen Arbeitszeit ihre Zustimmung zu geben, sollte enttäuscht sein.

Herr Schiemann lehnte nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit rundweg ab, sondern er ging sogar so weit, unsrem Vertreter in einer Weise entgegenzutreten, die ein Weiterverhandeln unmöglich machte.

Das Bezeichnende ist nun hierbei, daß Herr Schiemann Vorsitzender des Tarif Schiedsgerichts der Buchdrucker hiesigen Bezirkes ist.

In dieser Eigenschaft müßte er doch — sollte man meinen — durchdrungen sein von der Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen, wodurch notwendigerweise auch deren Anerkennung ohne Ausnahme und das Verhandeln mit ihren Vertretern bedingt ist.

Herr Sch., der seine Firma der Kundschaft gegenüber stets als die bestrenommierte hinstellt, sollte bedenken, daß gerade in dieser Art Firmen die 9stündige Arbeitszeit für Lithographen längst beseitigt ist. Sie besteht nur noch in ganz unbedeutenden Anstalten.

In der am 18. d. M. stattgefundenen Versammlung, in der Kollege Saupe über den Ausgang der Verhandlung berichtete, war man der Ansicht, sich nicht mit dem Resultat zu begnügen.

Es wurde deshalb beschlossen, nochmals eine Kommission vorzuschicken. (Herr Schiemann erklärte nämlich unsrem Vertreter, derartige Forderungen nur mit »seinen Leuten« verhandeln zu wollen.)

Beharrt die Firma auch dann noch auf ihrem Standpunkt, so werden die Kollegen dennoch zum Ziele zu gelangen wissen.

Man könnte ja noch verschiedenes über die Verhältnisse der genannten Firma berichten, doch wollen wir das für später aufheben.

Die Kollegen jedoch, die beabsichtigen, nach hier zu kommen, ersuchen wir im eigenen Interesse, vorher Erkundigungen vom Vorsitzenden, Kollegen Frut Miesel, Heidenreichstraße 7,1 unter allen Umständen einzuholen. M.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig I. Eine am 12. Januar im Volkshauss abgehaltene Versammlung der Sektion I hörte die Berichte des Vertrauensmannes und des Agitationskomitees. Zunächst führte Kollege Pfeiffer folgendes aus: Der Sektion gehörten am Schluß des Berichtsjahres 1030 Kollegen an, gegen 958 am Anfang. Eintritte waren 99 zu verzeichnen. Ausschlüsse wurden 83 vollzogen, davon 2 wegen Verstoß gegen § 9 c des Statutes. Die Anzahl der Ausschlüsse kann in Anbetracht der Krise und der vielen außerhalb des Berufs arbeitenden Kollegen als durchaus normal bezeichnet werden. Die Arbeitslosenziffer erreichte dieses Jahr eine bisher noch nicht da gewesene Höhe. Während im Januar 1908 64 Kollegen ohne Stellung waren, hatten Ende Dezember 112 Kollegen Zeit und Muße, über die Herrlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nachzudenken. Zu diesen traurigen Zuständen kommt noch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit als besonders erschwerend hinzu. Wenn nun angesichts dieser trübenden Tatsache und trotz der durch die weise Zollpolitik einer hochweisen Regierung hervorgerufenen Lebensmittelerhöhung, welche das Elend der Arbeitslosigkeit noch bedeutend erhöht, Umschauhalten und die auf dem Fuße folgende Lohnunterbietung nur äußerst selten vorkommt, so zeugt das von einer sehr guten Disziplin unserer Arbeitslosen. Die Art der Besetzung der offenen Stellen läßt jedoch noch zu wünschen übrig. Um sie einwandfrei durchzuführen, muß es jedem Kollegen zur Pflicht gemacht werden, nur unseren Nachweis zu benutzen. — Der hierauf folgende Bericht des Agitationskomitees gab Zeugnis eines ruhigen Geschäftsjahres. Das Komitee hielt 29 Sitzungen ab und war an 2 Bezirkstagen und 5 Vertrauensmännersitzungen beteiligt. Zahlreiche Werkstabenversammlungen machten sich nötig, teils um unerträglich gewordene Betriebsverhältnisse zu besprechen, teils um dem Gebaren einiger wild gewordener »Ober« einen Dämpfer aufzusetzen. In der Diskussion wünschten einige Redner schärferes Vorgehen gegen solche Kollegen, die den Unternehmernachweis benutzen, und gegen solche, die unter Umgehung unseres Nachweises die Stellen durch Vermittelung von Faktoren oder durch Zeitungsinserate besetzen. Dem Agitationskomitee

wurde der Auftrag, Mittel und Wege zu schaffen, um einen besseren Versammlungsbesuch zu ermöglichen. Schärferes Vorgehen wurde auch in der Betrugssache des Gelben K gefordert, welche nützliche Staatsstütze die Staatsanwaltschaft unter ihre Fittiche genommen zu haben scheint. Alle in der Debatte zutage geförderten Momente wurden dem Agitationskomitee als Material überwiesen. Bei den Neuwahlen wurde Kollege Pfeiffer als Vertrauensmann und die Kollegen Risch, Mühlinghaus, Schäfer, Hentschel, Große und Ochs als Mitglieder des Agitationskomitees gewählt. Ins Karieell wurde Kollege Mühlinghaus delegiert. Hierauf sprach Kollege Pfeiffer über die vom Hauptvorstande aus geschriebene Extrasteuer, deren absolute Notwendigkeit er an einigen rechnerischen Beispielen zeigte. Daß der Lokalzuschlag ebenfalls bestehen bleibt, um dadurch einen Fonds zur weiteren Unterstützung ausgesteuerter Kollegen zu schaffen, wird durch die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit mehr als gerechtfertigt. In der Debatte hierzu wurde hauptsächlich eine bessere Ausgestaltung unserer Unterstützungseinrichtungen gewünscht. Unter Verschiedenem wurden die Kollegen aufgefordert, zugunsten der demnächst stattfindenden Gewerbegerichtswahl, bei welcher diesmal der Proporz zur Anwendung kommt, eine durchgreifende Agitation zu betreiben, um einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Als Kandidat wurde Kollege Röhrer nominiert. Kollege Risch hält jenen Kollegen, welche angeblich durch die Extrasteuer des Hauptvorstandes sich veranlaßt gefühlt haben, der Parteiorganisation den Rücken zu kehren, das Verwerfliche ihrer Handlungswiese vor und forderte sie auf, sich wieder in Reih und Glied zu stellen.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). In der Generalversammlung vom 14. Januar widmete vor Eintritt in die Tagesordnung Kollege Baumann dem verstorbenen Kollegen Görlitz einen kurzen Nachruf, wobei er bedauerte, so spät Kenntnis vom Ableben eines unserer Besten bekommen zu haben. Kollege Görlitz war und ist für die Arbeitersache ein Vorbild. Sein ganzes für uns so kurzes Leben war ein Kampf für unsere Interessen. S:bst während die töckische Krankheit an seinem Körper nagte, hat er doch dem Wunsch der Kollegen Rechnung getragen und auf Kongressen und Tarifverhandlungen sein Wissen zum Nutzen für die Allgemeinheit hergegeben. Bedauert wurde, daß vom Hauptvorstand keine Vertretung zur Beisetzung entsandt worden ist. Die Versammlung ehrte das Andenken des für uns unvergeßlichen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. — Hierauf Aufnahme neuer Mitglieder und Ausschluß des Photographen Rakete aus dem Verband. Beim Jahresbericht des Vorstandes zergliederte Kollege Baumann die Tätigkeit der Verwaltung. Sie hat versucht, durch Referate in den Monatsversammlungen das Wissen der Mitglieder zu bereichern. Bei der Revision des Tarifes und der Bekämpfung der Gegenströmung einiger hiesiger Firmen ist reichliche Arbeit geleistet worden. Ueber die Abrechnungen der Extrakassen berichtete sodann Kollege Gragen. Hervorzuheben ist die diesmalige Weihnachtsunterstützung für die Arbeitslosen. Es sind auf Listen eingegangen 951,50 Mk., wovon 32 arbeitslose Kollegen Unterstützungen erhielten in einer Gesamtsumme von 730 Mk., so daß ein Ueberschuß zur weiteren Unterstützung von 221,50 Mk. verbleibt. Nach dem Bericht der Matinee-Kommission zahlte diese an 59 bedürftige Kollegen 1688 Mk. In der Diskussion wurde der Verwaltung die Anerkennung zuteil, ihre Schuldigkeit getan zu haben. Bei der Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitz. G. Baumann, 2. Vorsitz. A. Domnick, 1. Schriftf. A. Wendeler, 2. Schriftf. W. Pflüger, Kassierer M. Gragen, Revisoren Frankenheim, Siegling und Zeiß, in die Matinee-Kommission Schammer und Werner, in das kombinierte Vergnügungskomitee Kehler und Wendeler. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: Wilh. Hünlele, Berlin N. 28,
Anklamerstr. 37, I. — Telefon Amt III, 5346.

Internationale photographische Ausstellung Dresden 1909.

Zwei internationale Vorträge veranstaltete das vorbereitende Komitee der internationalen photographischen Ausstellung im Dresdener Ausstellungspalaste.

Herr Professor Dr. Lütter, Lehrer für Photographie an der Dresdener technischen Hochschule, schilderte in einstündigem Referate vor überfülltem

Saal die Art und Ausdehnung der kommenden Ausstellung, die an Reichhaltigkeit alle ihre Vorgängerinnen bei weitem übertreffen wird. Kein Gebiet der Photographie und ihrer verwandten Berufe wird unvertreten sein. Die Wissenschaft, alle staatlichen Behörden, die Vertreter von Handwerk und Industrie weitestgehend, die Ausstellung so vollkommen wie möglich zu gestalten, und die schon jetzt bewirkten Anmeldungen zeigen, daß aller Voraussicht nach wirklich Außerordentliches zu erwarten ist.

Der Vortrag war gehalten in Form eines Besuchs der Ausstellung und wirkte durch seinen ganzen Aufbau sehr anregend. Eines sei jedoch kritisch bemerkt: Muß denn die Unsitte auch in unserem Berufe einreißt, immer und ewig Lorbeeren auf Vorschub entgegenzunehmen? Etwas in dieser Beziehung ist man ja heutzutage seit den Zeiten des »Generalwärmarschalles« mit seinem abgeranzten Asthethäuschen schon gewöhnt. Wenn aber der Herr Professor von den zahllosen durchwachten Nächten spricht, die der Betrieb der Ausstellung mit sich bringt, wenn er sein Referat ein halbes Jahr vor Eröffnung der Ausstellung ungefähr damit schließt: »Die Ausstellung ist zu Ende und wir schlafen uns tiefbefriedigt von dem Ruhm, den wir uns durch unsere Mühe erworben haben, nachdem wir lange Zeit in kein Bett gekommen sind, lächtig aus« — so war ganz offensichtlich nicht nur unseren in großer Anzahl erschienenen Verbandsmitgliedern als geborenen Kritikastern, sondern auch höchst loyalen Zuhörern der phantasievolle Schwung doch zu hoch.

Der bekannte Fachschriftsteller Herr Matthias-Masuren hatte die Ausfüllung des zweiten Teiles des Abends übernommen. Er referierte über die bildmäßige Photographie auf der Ausstellung.

In seinen kurzen, aber immer inhaltreicheren Ausführungen ging er aus von den Anfängen der Photographie. Er schilderte, wie anfangs sich ausschließlich Künstler dieses Ausdrucksmittels bedient haben, und künstlerisch »bildmäßig« seien die Resultate gewesen. Die Photographie wurde bald Geschäftsobjekt. Handwerksmäßig und ohne künstlerisches Verständnis betriebenen, Rücksicht auf jede Unart des Publikums nehmend, sank sie bald auf ein tiefes Niveau. Sie wurde zum geistlosen Abklatsch Retusche, alle möglichen Atelierkompositionen taten das Uebrige. Es sei gar nicht zu bestreiten, daß die Fachphotographen zu viel Rücksicht auf das Publikum genommen haben. Sie sind infolgedessen von einer Mitschuld an dem Niedergang der Photographie nicht freizusprechen. Der Gesundungsprozeß setzte ein durch die rastlose Arbeit der Amateure. Bahnbrechend gingen die Engländer vor. Aber auf verschiedenen Ausstellungen, besonders auch in Wien, zeigten eine Anzahl Oumdrucke, Pigmente und ähnliche Erzeugnisse der Lichtbilderei, daß auch die Photographen des Festlandes sich auf ihr besseres Selbst besonnen hätten, daß künstlerischen Empfindungen durch die Photographie wieder Ausdruck gegeben wurde. Und gegenwärtig ist, wenn auch zweifellos noch ein großer Teil alles künstlerischen Verständnissesbarer Erzeugnisse auf den Markt gelangt und — gekauft wird, doch die Bahn freigelegt und — die gute »bildmäßige« Photographie.

Vorzügliche Lichtbilder folgten den Ausführungen. Einige Daquerotypen englischer Maler zeigten in überraschender Weise, auf welcher Höhe die Photographie sich in ihren Kinderjahren befand, und doppelt abstoßend wirkten die als Gegenstück vorgeführten süßlichen, mit einer absolut unmöglichen Umgebung ausgestatteten Porzellanfiguren der 90er Jahre. Ausgezeichnete Diapositive englischer Amateure (Landschaften) und seltensöne Aufnahmen deutscher Meister der Neuzeit bildeten den Abschluß des dankenswerten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages.

R. D.

III Aus den Sektionen.

Berlin. In der Mitgliederversammlung vom 7. Januar wurden die Mitglieder über die neue Extrasteuer des Hauptvorstandes eingehend unterrichtet. Kollege Hänlein erklärte in längerem Darlegung Art und Zweck dieser Steuer und wünschte, daß deren Notwendigkeit von allen Kollegen an erkannt werden möchte. Darauf hielt Kollege G. einen Vortrag über »Die Chartistenbewegung in England«. Die moderne Arbeiterbewegung ist ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Während wir schon in früheren Zeiten wirtschaftliche Kämpfe vorfinden, so tragen diese aber noch nicht den Klassencharakter, wie heute. Erst mit der Entwicklung der Großindustrie, mit der Bildung des heutigen Proletariats wurde der Grund gelegt für den Klassencharakter der modernen Gesellschaft. In England, als dem industriell am frühesten entwickelten Lande, finden wir auch die ersten Anfänge unserer heutigen Arbeiterbewegung. Zum ersten Male tritt das Proletariat als Klasse öffentlich hervor, stellt politische Forderungen, um durch Erringung politischer Macht wirtschaftliche Vorteile zu erreichen. Der englische Chartismus gelangte zu großer Machtentfaltung und hätte auch sicherlich seine Forderungen verwirklicht, wenn er nicht infolge ungünstiger wirtschaftlicher Ursachen, vor allem aber infolge geistiger Unfähigkeit seiner Anhänger, gescheitert wäre. Das damalige Proletariat war eben für einen derartigen wirtschaftlichen und politischen Kampf noch nicht

reif, und aus demselben Grunde unterblieb auch die notwendige Umbildung der charakteristischen Forderungen zum modernen Sozialismus. Gegenwärtig vollzieht sich in England der Prozeß, daß das englische Proletariat versuche, auch in Parlament eine starke, selbständige Vertretung zu erkämpfen. — Zum Schluß empfahl der Vorstand den Mitgliedern angelegentlich den Besuch des Verkehrsabends.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstr. 26.

Bekanntmachung.

Allen Kollegen der Formstecher-, Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumbranche zur Kenntnis, daß sich die Zentral-Kommission wie folgt konstituiert hat: 1. Vorsitzender C. Schubart, Formstecher; 2. Vorsitzender E. Weykopf, Drucker; Schriftführer O. Werner, Formstecher; Beisitzer: Brinkmann und Weiner, Formstecher, Winkler und Kreuz, Drucker.

Zum Arbeitsnachweisführer wurde Kollege Schubart bestimmt.

Alle die Branche betreffenden Anfragen sind für Formstecher an den Kollegen C. Schubart, Berlin N., Badstr. 26, für Drucker an den Kollegen E. Weykopf, Berlin NO., Maternstr. 18, zu richten.

An die früheren Filialen des Formstecher-Verbandes, die ihre Mitgliedsbücher resp. Uebertrittscheine noch nicht eingeschickt haben, richte ich das dringende Ersuchen, dies umgehend tun zu wollen, damit in der Ausfertigung der neuen Mitgliedsbücher keine allzugroße Verspätung eintritt.

C. Schubart.

Aus den Sektionen.

Crefeld. Am 19. Dezember 1908 fand unsere letzte Mitgliederversammlung statt, wozu der Vorstand der Lithographen und die Tapetendruckerkollegen erschienen waren, um hauptsächlich über die fernere Gestaltung unserer Filiale zu beraten. Von einer Filialbildung mit den Tapetendruckern wurde Abstand genommen und beschlossen, unsere Zahlstelle der Filiale der Lithographen usw. anzuschließen; jedoch sollen nach Bedarf Berufsversammlungen von Formstechern und Tapetendruckern abgehalten werden. Die Zeit, die wir sonst für die Verwaltung einer zweiten Filiale am Orte gebrauchen, werden wir zu agitatorischen Zwecken verwenden. Ein Unterkassierer, an den unsere Mitglieder ihre Beiträge entrichten können, wurde gewählt. Ferner wurden in einer Werkstaterversammlung zwei Kollegen von unserer Seite als Kandidaten für den Vorstand der nunmehr gemeinsamen Mitgliedschaft aufgestellt. Anfang August 1908 wurden drei Kollegen der Firma Börsch & Hibinger wegen Beitragsresten ausgeschlossen. Diese begannen jetzt wieder ein berufschädigendes Treiben. Die Krise in der Textilindustrie hat es mit sich gebracht, daß hier fast keine Seidendruckerei Formen anfertigen ließ, außer einer größeren Druckerlei, die trotz der Krise eine Kollektion Muster zusammenstellte. Daß dieses nur ein Börsenmanöver war, beweist die jetzt erfolgte Entlassung von 16 Seidendruckern. So beginnt nun bei B. & H. wieder die Zeit, in der fast keine Aufträge vorliegen. Die drei Formstecher greifen nun wieder zu dem verwerflichen Mittel der Heimarbeit (namentlich für Cöln & Otensen) mit Vorschub der Inhaber von B. & H. Laut Statistik haben diese nur für die Hälfte des Jahres Arbeit, 1907 wurden 1173 Stunden ausgesetzt. Die Aufträge bestehen nur aus Seiden- und Velvetformen. Um sich nun die Arbeiter zu halten, bekommen diese, wenn in der Woche weniger als 30 Stunden gearbeitet wird, als Trost eine halbe Woche ausgezahlt. Die Arbeit der Arbeiter muß sich also doch für die Unternnehmer lohnen. Trotzdem wird doch von anderer Unternehmenseite immer auf unsere »hohen« Löhne, die schlechte Bezahlung der Seidenformen und die billige Herstellung in der Heimschusterei in Sachsen hingewiesen. Einer von den Dreien, der Formstecher Nözlitz, wurde schon zum dritten Male ausgeschlossen. Es mußte schon mancher zugewiesene Kollege, nachdem er ein paar Wochen bei B. & H. gearbeitet hatte, wieder sein Bündel schnüren. Bei der Firma Kesper taucht die Versendung von Heimarbeit auf, trotz des uns gegebenen Versprechens, nichts mehr wegzuschicken. Auch ein Beitrag zu dem Kapitel »Treu und Glauben«. In dieser Firma beträgt der Durchschnittslohn nicht 29 75 Mk., wie in den Lohnerhebungen irrtümlich angegeben war, sondern 28 50 Mk. Unser jetziger Durchschnittslohn ist 27 92 Mk. auf 15 Kollegen.

Leipzig. In der von beiden Berufsgruppen fast vollständig besuchten Sektionsversammlung vom 9. Januar erstattete zunächst Kollege Bauer Bericht über die Verhandlungen mit der Firma Langhammer zwecks Reduzierung der Arbeitszeit auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden und Aufbesserung des Wochenlohnes. Er konnte nur mitteilen, daß der Chef, Herr Zilling, verweist

ist und die Verhandlungen einstweilen abgebrochen sind. Weitere Maßnahmen zu dieser Sache wurden einer dazu besonders einzuberufenden Druckerversammlung anheimgestellt. Aus dem nach dem Kassenbericht vom IV. Quartal erstatteten Bericht unseres Vorsitzenden über das vergangene Jahr ist folgendes hervorzuheben: Es haben 14 Formstecherversammlungen und 3 kombinierte Versammlungen mit Tapeten- und Wachstuchdruckern stattgefunden. Ein Vortrag über »Liebknechts Leben und Wirken« wurde veranstaltet. Die Arbeitslosenunterstützung fürs ganze Jahr betrug 81 Mk. Bei der Wahl der Sektionsleitung wurde zum 1. Vorsitzenden Kollege Kupfer, zum 2. Vorsitzenden Kollege Bauer und zum Schriftführer Kollege Schiebold gewählt. Die Versammlungen finden künftig gemeinsam jeden 2. Sonntag im Monat statt. Zum Schluß gab noch der hiesige Verbandsbeamte bekannt, daß die Filiale Köln der Formstecher sich mit der Zahlung des Beitrags von 1,30 Mk. nicht einverstanden erklärt habe und von dem in den Uebertrittsbedingungen vorgesehenen Beitrag von 1,20 Mk. nicht abstehe. Auf Antrag erklärten sich die Versammelten für Leipzig mit der Mehrzahl der 10 Pf. einverstanden, da wir ja auch genug Ausgesteuerte unter uns haben und wohl einer oder der andere in die Lage kommen kann, diese Gelder in Anspruch zu nehmen.



Feuilleton.

Die Bildungsmöglichkeiten im Gegenwartsstaat.

V.

Wenn sich das Proletariat emporrängen will zum Licht, zu Einfluß und Macht, muß es wissend werden über die Zusammenhänge in Natur, Kunst und Leben. Da es in dieser Richtung jedoch von den gegenwärtigen staatlichen Bildungseinrichtungen, die nur darauf berechnet sind, die Klassenherrschaft der Besitzenden und die Knechtschaft der Besitzlosen zu erhalten, nichts erwarten kann, muß es sich auch in bezug auf die Bildungsarbeit unter den Arbeitern auf die eigene Kraft besinnen. Die Arbeiterklasse muß sich selbst erziehen, selbst bilden. Sie muß selbst Hand anlegen, um ihren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, durch die sie fähig werden, sich von den Klasseninteressen der Besitzenden dienenden Irlehren der Schule zu emanzipieren und sich zu einer Weltanschauung durchzurufen, die nicht auf blindem Glauben, sondern auf denkendem Wissen beruht.

Mannigfache Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, hat die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen bereits geschaffen, und die Gewerkschaften, die ihre Ziele immer weiter stecken, sind dabei nicht zurückgeblieben. Sie haben auch in kleineren Orten Bibliotheken eingerichtet, die den Mitgliedern Gelegenheit geben zur Weiterbildung und Höherentwicklung aus eigener Kraft. Sie suchen ihre Versammlungen durch lehrreiche Vorträge zu beleben, um nicht nur auf diejenigen, die die Bibliothek benutzen, sondern auf die Gesamtheit der Mitglieder anregend, fordernd und bildend zu wirken. Sie bauen ihre Presse aus in der richtigen Erkenntnis, daß sie einer der wichtigsten Bildungsfaktoren ist. In derselben Weise arbeiten die politischen Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Gesamtheit der politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen hat aber darüber hinaus auch damit angefangen, aus den Reihen der organisierten Arbeiter selbst Lehrer heranzubilden. Die sozialdemokratische Partei richtete die Parteschule ein und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltete alljährlich eine Reihe gewerkschaftlicher Unterrichtskurse. Zur Teilnahme an beiden Bildungseinrichtungen werden befähigte Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder aus allen Gauen Deutschlands herangezogen, die, wenn sie wieder in ihren Wirkungskreis zurückgekehrt sind, in viel ausgehenderem Maße belebend, anregend und bildend zu wirken vermögen als zuvor.

In vielen Orten wurden Arbeiterbildungsschulen oder -Vereine begründet, die ihre Mitglieder nicht nur durch Einzelvorträge, sondern auch durch geschlossene Unterrichtskurse in bestimmte Wissensgebiete einzuführen versuchen. In vielen anderen Städten setzten die Gewerkschaftskartelle oder die Wahlvereine, teilweise auch beide Organisationszweige gemeinsam, Bildungsausschüsse ein, um in derselben Weise, wie die Arbeiterschulen ihre Mitglieder, die Gesamtheit der Arbeiter am Ort durch Unterrichtskurse oder Vortragsfolgen mit den verschiedenen Wissenszweigen vertraut zu machen. Eine gleiche Einrichtung haben die Berliner Filialen unseres Verbandes für die Berliner Kollegenschaft begründet. Der »Bildungsausschuß Berlin der Lithographen, Steindruckers und verw. Berufe« geht bei

seinen Veranstaltungen streng systematisch vor; er sucht von unten herauf aufzubauen. Da unser Organ in bezug auf die Anregungen zur Vervollständigung der Allgemeinbildung durch eine Reihe von Artikeln oder Artikelfolgen, die im laufenden Jahrgang an derselben Stelle wie dieser Artikel veröffentlicht werden sollen, in gleicher Weise zu wirken gedenkt, wie der Berliner Bildungsausschuß durch seine Vortragsfolgen, sei dessen Wirksamkeit im folgenden etwas ausführlicher beleuchtet.

Er begann seine Tätigkeit mit einem zweiteiligen Vortragszyklus über das Universum, den der Direktor der Treptow-Sternwarte, Herr Dr. Archenhold, hielt. Die Hörer wurden mit dem Werden und Vergehen im Weltraum, mit der Entwicklung unseres Sonnensystems und mit der Entstehung unserer Erde vertraut gemacht. Das gesprochene Wort wurde durch eine Reihe guter Lichtbilder illustriert. Zur weiteren Ergänzung des Gehörten dienten Exkursionen durch das Museum der Treptow-Sternwarte und Beobachtungen des Sternenhimmels durch das Riesenfernrohr, das eines der besten Himmelsfernrohre der ganzen Welt ist. An diese beiden Vorträge schloß sich ein vierteiliger Vortragszyklus des Dozenten für Biologie an der Freien Hochschule in Berlin, Herrn M. H. Baege, über die Entstehung und Entwicklung des Lebens auf der Erde von der Urzelle bis hinauf zum Menschen. Auch diese Vorträge wurden durch Lichtbilder belebt und durch Museumsführungen (Museum für Naturkunde) ergänzt. Gegenwärtig ist wieder ein vierteiliger Vortragszyklus im Gange, der vom Einzelmenschen auf die menschliche Gemeinschaft überleitet und den Ursprung und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von der Urgesellschaft bis zur zivilisierten Gesellschaft behandelt. Als Vortragender wurde Herr Dr. Anton Pannekoek gewonnen. Zur Ergänzung der Vorträge dienen Führungen durch das Museum für Völkerkunde. Später werden sich an die genannten Vortragsteile neue Zyklen über Nationalökonomie, Philosophie und alle anderen Gebiete des menschlichen Wissens und Könnens folgerichtig angliedern.

Der Bildungsausschuß läßt es sich angelegen sein, auch die Bibliothek der Berliner Filialen so zu ergänzen und auszubauen, daß sie für diejenigen Vortragsteilnehmer, die sich durch die Vorträge zur eingehenderen Beschäftigung mit den behandelten Thematika veranlassen ließen, eine treue Beraterin und Führerin ist.

Bemerkt sei noch, daß der Ausschuß neben der Schaffung von Gelegenheiten zur Erweiterung der Allgemeinbildung auch die fachliche Weiterbildung der Mitglieder anzuregen versucht. Einem Vortrag mit Lichtbildern über die Papierfabrikation und ihre Entwicklung, der durch einige Exkursionen in eine große Papierfabrik ergänzt wurde, soll später ein Experimentalvortrag über die Farbe als Lichterscheinung und als chemisches Produkt, unterstützt durch die Besichtigung einer Farbenfabrik, folgen. Wettbewerbe und die Veranstaltung von Ausstellungen der eingegangenen Arbeiten dienen demselben Zweck.

Daß die Veranstaltungen einem Bedürfnis entsprechen, wird durch das Interesse, das die Mitglieder an ihnen nehmen, bewiesen. Die Beteiligung an den Vorträgen, besonders an den der Förderung der Allgemeinbildung dienenden Vortragszyklen, ist durchaus zufriedenstellend. Die Kosten, die die Veranstaltungen verursachen, werden fast vollständig aufgebracht durch das Eintrittsgeld, das in Anbetracht der hohen Teilnehmerziffern sehr niedrig ist.

Neben diesen und ähnlichen Bildungsveranstaltungen bemüht sich die Arbeiterschaft auch, aus eigener Kraft unter ihren Angehörigen den Sinn für das zu wecken, was das Leben erst lebenswert macht: die Freude am Schönen, die Lust am reinen

und edlen Lebensgenuß. Die wertlosen, geschmackverlorenen, vom Spießbürgertum übernommenen Festprogramme werden bei den festlichen Veranstaltungen der Arbeiterschaft immer mehr und mehr verdrängt durch wertvolle und dabei doch billige Darbietungen echter Kunst. Volkskunstabende, Volkskonzerte werden veranstaltet. Volksbühnen werden durch die Arbeiter begründet zur Vermittlung der Dicht- und Schauspielkunst, Volkssingakademien oder Volksschöre zur Pflege der Musik und des Gesanges, zur Darbietung von Meisterwerken der Tonkunst. Mit welchem Eifer und mit welchem Kunst- und Schönheitshunger die Arbeitermassen alle diese Veranstaltungen wahrnehmen, beweist deren Besuch.

So zeigt sich in der Arbeiterklasse ein fortwährend zunehmendes Erwachen aus Stumpfheit und würdeloser Entsamung, ein stetig steigendes Drängen nach Bildung, Licht und Luft, nach der Zuführung alles dessen, was die Volksschule nicht bringen konnte und durfte, aus eigener Kraft. Der Buchstaben- und Autoritätenglaube schwindet mehr und mehr. Immer größere Massen erwachen zu eigenem Denken und damit zur Erkenntnis ihrer Klassenlage. Diese ist aber die Vorbedingung zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes.

Und darum wollen wir immer das Wort unseres alten Liebknecht beherzigen: »Wissen ist Macht! Bildung macht frei!« Nur durch das Nachhaken dessen, was man der Arbeiterklasse im wohlverstandenen Klasseninteresse der Besitzenden in der Schule vorenthielt, durch eifrige, eigene Bildungsarbeit wird das Proletariat erst wirklich fähig werden, das schwere Joch, das auf ihm lastet, abzuwälzen, sich aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien, die Klassenherrschaft der Besitzenden zu brechen und sich emporzuringen zu einem freien Menschentum. Je klarer jedes einzelne Glied der Arbeiterklasse zu denken vermag, je gebildeter in unserem Sinne also die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit ist, desto eher wird die heutige Talmikultur hinweggefegt und durch wahrhaft kulturelle Zustände ersetzt werden können. Mit jedem Fortschritt wahrer Bildung in der Arbeiterklasse wird sie fähiger zur Erfüllung ihrer Zukunftsmission, der Sozialisierung der Gesellschaft. Jede neue Bildungseinrichtung, die Erschließung jeder weiteren Bildungsmöglichkeit durch die Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft hilft die Wege ebnen für die Entwicklung eines glücklichen und starken Geschlechts stolzer, freier und gleicher Menschen.

Eingänge.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Jahresbericht über die Tätigkeit vom 1. April 1907 bis 30. September 1908. Hauptschullokale: Berlin C 54, Grenadierstr. 37.

Ein Bild regster Aufklärungsarbeit entrollt der Bericht. Die Mitgliederzahl der Schule hat eine erfreuliche Steigerung erfahren. Während sie im Jahresdurchschnitt 1907 1705 betrug, stieg sie auf 2020 im Jahresdurchschnitt 1908. Von unseren Kollegen gehören der Schule an: 21 Lithographen, 10 Stein-drucker, 4 Chemigrphen, 3 Photographen, 2 Form-stecher, 2 Retuscheure, 1 Tapetendrucker, 1 Zink-ätzer. Wünschenswert wäre, daß unsere Kollegen in viel ausgedehnterem Maße sich der empfehlenswerten Vereinigung anschließen möchten.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft 10 Pf.

Der neue Jahrgang dieser empfehlenswerten Zeitschrift wird den spannenden Roman »Kenilvorth« des großen schottischen Erzählers Walter Scott, sowie zahlreiche andere wertvolle Romane, Novellen und Erzählungen bringen. — Der zweite Halbjahrgang 1908, der neben dem Roman »Der

Maiduck« von Bucura Dumbrava eine Fülle anderer fesselnder Beiträge enthält, wurde zu einem starken Bande von 620 Seiten vereinigt. Er kann gebunden zum Preise von 3.50 Mk. in Leinen oder von 4 Mk. in Halbfranz bezogen werden.

Klimsch's Jahrbuch, Band IX, 1909. Technische Abhandlungen und Berichte über Neuheiten aus dem Gesamtgebiete der graphischen Künste. Verlag von Klimsch & Co. in Frankfurt a. Main. 295 Seiten 4° und zahlreiche Tafeln.

Das vortrefflich ausgestattete Buch ist eine Musterleistung neuzeitlicher Buchkunst. Heinrich Wiewnk, der bekannte Buchkünstler, hat dem Werke ein persönliches Gepräge von starker Eigenart und vollster Einheitlichkeit gegeben. Einband, Titel, Schrift und Buchschmuck sind von ihm entworfen und nach seinen Angaben ausgeführt. Der Fachmann, der Kunstfreund muß an der drucktechnischen Ausstattung des Buches seine helle Freude haben. — Das Werk enthält eine Reihe vortrefflicher Aufsätze über die verschiedensten technischen Gebiete und graphischen Reproduktionsverfahren in systematischer, folgerichtiger Anordnung. Diese Beiträge werden jedem Fachmann manches Anregende bieten und ihm Gelegenheit geben, sich auch trotz der differenziertesten Arbeitsteilung über alle graphischen Verfahren auf dem Laufenden zu erhalten. — Die Beilagen zeichnen sich ebenfalls durch geschmackvolle Gediegenheit aus. Viele Blätter sind wirklich künstlerisch. Die verschiedensten Reproduktionsverfahren wurden zu ihrer Herstellung verwandt. — Alles in allem gibt das neue Jahrbuch ein vortreffliches Bild von dem gegenwärtigen Stande der graphischen Künste, und es gewährt dank seiner Ausstattung einen hohen künstlerischen Genuß.

Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe. Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter, herausgegeben von Adolf Levenstein. Morgen-Verlag G. m. b. H. Berlin W. 127 Seiten 8°.

Der Herausgeber dieser Arbeiterbriefe sagt im Vorwort: »Schwer ist es, dem Proletariat in sein Inneres zu sehen. Gleich vielen primitiven Naturen verschleiert er sein Seelenleben.« Das ist nur insoweit richtig, als der Arbeiter mit Recht solchen Leuten gegenüber, die nicht seiner Klasse angehören, weitgehende Zurückhaltung übt. Die Arbeiter selbst verstehen einander. Das, was einzelne Klassenossen in den veröffentlichten Briefen ausgedrückt haben, wurde von allen empfunden, durchzitterte und erschütterte das Innerste jedes Proletariats. — Nun ist es auch einem Nichtarbeiter gelungen, mit Arbeitern »hier und dort ... feinste, seelische Fäden zu knüpfen«. Wie gut es gewesen wäre, wenn diese Arbeiter auch vor Herrn Levenstein, dem Knüpfer dieser »feinsten, seelischen Fäden«, ihr Innerstes verschlossen hätten, beweist die Tatsache, daß der Herr nichts Eiligeres zu tun hatte, als dieses innerste Gefühls- und Seelenleben durch die Schaustellung vor den kalten Augen der Öffentlichkeit zu profanieren.

Neue Fahrt. Gedichte von Otto Krille. Titelbild und Illustrationen von Felix Hollenberg. Verlag von Johann Sassenbach, Berlin. 44 Seiten 8°, Preis 1 Mk.

Die neueste Gabe Otto Krilles enthält hauptsächlich Natur- und Liebeslyrik. Tiefes und starkes Empfinden spricht aus jeder Zeile. Ueberall hat der begabte Dichter eigene Töne, die bald hart und fein, bald leidenschaftlich und gewaltig klingen. Von wundervoller Stimmung sind vor allem die kleinen Gedichte, in denen er mit wenigen Worten ein landschaftliches Bild vor unsere Seele zaubert. Auch einige schöne, soziale Gedichte enthält die Sammlung, die jedem ein Stündchen reinsten, innersten Herzensgenusses bieten kann.

Stellengesuche

Photochemigraph,

Reproduktionsphotograph für Sirich, Autotypie und Halbton-Trocken, Naß und Emulsion, auch im Kopieren und Strichätzen sowie etwas Auto erfahren. Perfekt in Architektur und gewerblich. Aufnahmen etc., sucht für sofort geeigneten Posten im In- oder Ausland. Wertige Angeb. erbittet Kurt Goedecke, Nowawes bei Berlin, Wilhelmstr. 72111.

Zum sofortigen Antritt gesucht, in dauernde Stellung

Positiv-Retuscheur,

1. Kraft, der auch im Zeichnen Vorzügliches leistet.

Kopist,

der im Strichätzen gut bewandert ist, bei gutem Gehalt.

La Auto-Netzer,

an nur erstklassige Arbeiten gewöhnt, sucht seine Stellung zu verändern. **Berlin bevorzugt.** Gefällige Offerten an [1,95]

Julien Sempf, Berlin SW., Friesenstraße 6.

Reprod.-Photograph,

durchaus selbständig u. sicher arbeitend in Nass u. Emulsion für Auto u. Strich.

Karl Kind jr., Bielefeld.

Tüchtiger

Maschinen-Retuscheur,

zugleich tücht. Zeichner, sucht Stellung. Gefl. Off. an M. Beyge, Schöneberg-Berlin, Vorbergstr. 4, III, Gartenhaus

Stellenangebote

Mehrere tüchtige, sauber arbeitende

Strichätzer

bei gutem Lohn in dauernde Stellung werden auf sofort gesucht.

J. G. Huch & Co., G. m. b. G., Braunschweig.

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Verschiedenes

Wollen Sie Ihre prakt. Vorteile erweitern, so kaufen Sie sich den, für jeden Kollegen unentbehrlich.

praktisch. Umdrucker

von Bernhard Enders. Druck u. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Pr.inkl. Porto 80Pf.